



PNND

Notes
Notes
Notes

Edition 3, 2008

Supermodel Christie Brinkley wirbt für nukleare Abrüstung

In dieser Ausgabe

- *Den Atomwaffensperrvertrag aufrecht erhalten*
- *Fünf Frauen zu Ko-Präsidentinnen von PNND gewählt*
- *Den atomaren Völkermord verhindern*
- *ParlamentarierInnen und die Atompolitik der NATO*
- *Nuklearwaffenfreie Zonen – von Pol zu Pol*
- *Schritte zum Abzug taktischer Atomwaffen aus Europa*
- *Streubomben – Auf dem Weg zu einem internationalen Abkommen*

u.v.m.....



PARLIAMENTARIANS FOR NUCLEAR NON-PROLIFERATION AND DISARMAMENT
Engaging legislators worldwide in steps towards nuclear abolition

PARLIAMENTARIANS FOR NUCLEAR NON-PROLIFERATION AND DISARMAMENT

Engaging legislators worldwide in steps towards nuclear abolition

WWW.PNND.ORG

Ein Programm der
Global Security Institute
und Mittleren Powers Initiative

Co-PräsidentInnen

Senatorin Abacca Anjain Maddison
Marschallinseln

Hon Marian Hobbs MP
Aotearoa-Neuseeland

Mi-Kyung Lee MP
Südkorea

Alexa McDonough MP
Kanada

Uta Zapf MP
Deutschland

SONDERBEAUFTRAGTER

Senator Roméo Dallaire
Kanada

GLOBALER BEIRAT

Angelika Beer MEP (interim)
Deutschland

Carles Campuzano i Canadés
Spanien

Hon Dr Raphael Chegeni MP
Tansania

Hon David Coltart MP
Simbabwe

Jeremy Corbyn MP
United Kingdom

Senator Michelle Demessine
Frankreich

Senator Jean Desessard
Frankreich

Senator Rosario Green
Mexiko

Rubén Martínez Huelmo MP
Uruguay

Dov Khenin MP
Israel

Taro Kono MP
Japan

Sergei Kolesnikov MP
Russland

Young-ghil Kwon MP
Südkorea

Hallgeir Langeland MP
Norwegen

Congressman Edward J. Markey
United States

Baroness Sue Miller
United Kingdom

Marit Nybakk MP
Norwegen

Congressman Christopher Shays
USA

Yoshinori Suematsu MP
Japan

Senator Patrik Vankrunkelsven
Belgien

RATSMITGLIEDER

Jonathan Granoff
Global Security Institute

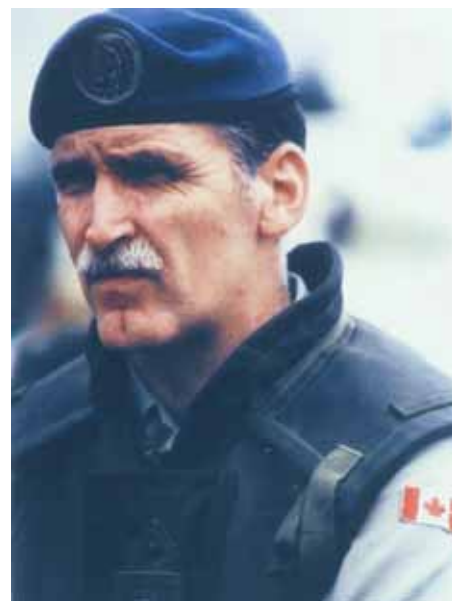
Senator Emeritus Douglas Roche
Middle Powers Initiative

Alyn Ware
PNND Global Coordinator

ALUMNI-RATSMITGLIEDER

Senator Lyn Allison
Australien

Senator Francesco Martone
Italien



Den atomaren Völkermord verhindern

Leitartikel von Senator Romeo Dallaire

PNND-Sonderbeauftragter, ehemaliger Oberbefehlshaber der UN-Friedenstruppen in Ruanda, Träger des U.S. Legion of Merit-Ordens und Autor des preisgekrönten Buches „Handschlag mit dem Teufel – die Mitschuld der Weltgemeinschaft am Völkermord in Ruanda.“

Roméo Dallaire war Zeuge des Versagens der Weltgemeinschaft angesichts des Völkermordes in Ruanda. Er möchte einen solchen Fehler nicht wiederholt sehen – weder durch den Einsatz von Atomwaffen noch durch andere Maßnahmen zur Massenvernichtung. In unserem Leitartikel geht Senator Dallaire darauf ein, warum die internationale Gemeinschaft bisher dabei versagt hat, die nukleare Bedrohung zu neutralisieren. Er schlägt neue Ideen vor, um den Erfolg zu sichern.

Über PNND

Das Parlamentarische Netzwerk für Nukleare Abrüstung und Nichtverbreitung (PNND) ist ein weltweites Netzwerk mit mehr als 500 Abgeordneten aus über 70 Ländern, die daran arbeiten, nukleare Proliferation zu verhindern und die Abschaffung von Atomwaffen zu erreichen. Die Mitgliedschaft steht Abgeordneten von Parlamenten auf der Bundes-, Landes- und Regionalebene offen.

PNND Notes wird in arabischer, deutscher, englischer, französischer, japanischer und spanischer Sprache veröffentlicht.

Impressum:

Herausgeber: Alyn Ware

Redaktion:
Kaspar Beech und Una McGurk

Layout und Design:

Fuse Creative Ltd

Korrektur: Mayra Gomez

Übersetzungen:

Arabisch: Nermin Ali Abd el-Ghany el-Galy

Französisch: Sophie Lefeez

Spanisch: Silvana Pereira

Deutsch: Christoph Pilger und Veronika Peterseil

Japanisch: Hiromichi Umabayashi and Keiko Nakamura

Druck: Lithoprint, auf chlorfreiem umweltfreundlichen Papier mit Druckerfarben auf Sojabasis

Inhalt

| | |
|---|----|
| Nukleares Erwachen - Vorwort der PNND Ko-Präsidentinnen..... | 1 |
| PNND-Namensänderung | 1 |
| Leitartikel: Den atomaren Völkermord verhindern <i>PNND-Sonderbeauftragter Senator Roméo Dallaire</i> | 2 |
| ATOMWAFFENVERBREITUNG VERHINDERN | |
| Den Atomwaffensperrvertrag aufrecht erhalten – <i>Senator Douglas Roche</i> | 5 |
| Kernenergie: Antwort auf den Klimawandel oder Freibrief für Atomwaffenweitergabe? <i>Dr. Herman Scheer</i> | 5 |
| Der Atomdeal zwischen Indien und den USA – parlamentarische Reaktionen – <i>Uta Zapf MdB</i> | 8 |
| NUKLEARE ABRÜSTUNG UNTERSTÜTZEN | |
| Supermodel Christie Brinkley und PNND Co-Präsidentinnen: Mehr Moralbewusstsein und praktische Missionen der Vereinten Nationen | 9 |
| Nukleare Desinvestition - <i>Hallgeir Langeland MP und Keith Locke MP</i> | 10 |
| ParlamentarierInnen und eine Nuklearwaffenkonvention , <i>Marian Hobbs MP, Alexa McDonough MP und Alyn Ware</i> | 13 |
| NUKLEARWAFFENFREIE ZONEN | |
| ParlamentarierInnen feiern zwanzig Jahre nuklearfreies Neuseeland – <i>Nick Smith MP und Kaspar Beech</i> | 15 |
| Letzte Schritte zu einer Afrikanischen Nuklearwaffenfreie Zone -- <i>Raphael Chegeni MP und Kaspar Beech</i> | 16 |
| Eine Nuklearwaffenfreie Zone im Nahen Osten: Von der Rhetorik zu den ersten Schritten -ParlamentarierInnen und eine Nuklearwaffenfreie Zone in Zentraleuropa -Zone und Frieden in Korea - <i>Kwon Young-Ghil MP</i> | 17 |
| Es ist Zeit für eine Arktische Nuklearwaffenfreie Zone! <i>Alexa McDonough MP und Alyn Ware</i> | 19 |
| ParlamentarierInnen und eine Nuklearwaffenfreie Zone in Zentraleuropa <i>Dr. Remo Gysin, Dr. Paul Günther und andere</i> | 20 |
| Die koreanische Halbinsel im Übergang: Vom Atomstopp zu einer Nuklearwaffenfreien Zone und Frieden in Korea, <i>Kwon Young-Ghil MP</i> | 22 |
| Eine Nordostasiatische Atomwaffenfreie Zone als Beitrag zu weltweiter nuklearer Abrüstung - Hiromichi Umabayashi, Enkhsaikhan Jargalsaikhan und <i>Wooksik Cheong</i> | 23 |
| SEKTION EUROPA | |
| Ist es an der Zeit, taktische Atomwaffen aus Europa abzuziehen? - <i>Dr. Rolf Mützenich MdB,</i> <i>Patrik Vankrunklesven MP und Sergei Kolesnikov Mitglied der Douma</i> | 24 |
| Mitglieder des europäischen Parlaments fordern mehr Initiative für nukleare Abrüstung – <i>Pol D’Huyvetter</i> | 26 |
| ParlamentarierInnen und die NATO – <i>Senator Francesco Martone</i> | 27 |
| KONVENTIONELLE WAFFEN | |
| Kleinwaffen – Alle sechs Monate ein Hiroshima..... | 28 |
| Auf dem Weg zu einem Vertrag über ein Streubombenverbot | 29 |
| US-KONGRESS UPDATE | 30 |
| PNND NEUIGKEITEN: | |
| Fünf Frauen als Co-Präsidentinnen von PNND | 31 |
| PNND-Japanreport – Hiromichi Umabayashi | 32 |
| Internationale PNND-Konferenz und Ratsversammlung – Juli 2008 | 32 |

Vorwort der PNND-Ko-Präsidentinnen Nukleares Erwachen

Im Buch *Awakenings* (Zeit des Erwachens), bekannt durch den gleichnamigen Film, beschreibt Dr. Oliver Sacks, wie Patienten mit der Schlafkrankheit *encephalitis lethargica* – wie durch ein Wunder – erwachen und sich an eine Welt anpassen müssen, die sich in den Jahren, die sie in einem völlig apathischen Zustand verbracht haben, merklich verändert hat.

2007 schien es, als ob viele SpitzenpolitikerInnen der Atommächte – wie durch ein Wunder – aus einem Schlaf aufgewacht wären, der fast zwei Jahrzehnte währte. Sie stellten fest, dass der Kalte Krieg nun wirklich vorbei und nukleare Abschreckung in dieser multipolaren, globalisierten Welt sinnlos war.

Im Januar haben sich beispielsweise die beiden ehemaligen republikanischen US-amerikanischen Außenminister Henry Kissinger und George Schultz – vormals Befürworter der nuklearen Abschreckung – den Demokraten William Perry und Sam Nunn angeschlossen und verfassten einen Gastkommentar im *Wall Street Journal*, in dem sie die US-Regierung aufforderten, sich für eine atomwaffenfreie Welt einzusetzen. Sie wiesen darauf hin, dass der bloße Besitz von Atomwaffen sowohl die Proliferation technisch und politisch möglich machten als auch eine nukleare Katastrophe näher rücken ließen.

Im Juni hielt Margaret Beckett, damals amtierende Außenministerin Großbritanniens, bei der Carnegie Nonproliferation Conference 2007 eine

Grundsatzrede, bei der sie an die erfolgreiche Kampagne zur Abschaffung der Sklaverei erinnerte, zum Atomausstieg aufrief und für Großbritannien die Ergreifung technischer und politischer Maßnahmen vorsah, die zur Erreichung des Zieles eines vollständigen Atomausstiegs nötig seien.

Im November riefen Nancy Reagan (Witwe des ehemaligen US-Präsidenten Ronald Reagan) und Arnold Schwarzenegger (Actionheld aus *Der Terminator*, derzeit Gouverneur von Kalifornien) dazu auf, das Ziel eines Atomausstiegs anzupeilen. Schwarzenegger stellte fest, dass das Thema Nuklearwaffen dieselbe Aufmerksamkeit und einen ähnlichen politischen Einsatz verlangte, wie die globale Erwärmung.

Diese Zukunftsvision ist natürlich zu begrüßen, jedoch darf sie keine bloße Vision bleiben. Es müssen erste überzeugende Schritte unternommen werden und ein umfassendes Programm mit effektiven internationalen Kontrollmechanismen zum Verbot und zur nachweislichen Eliminierung von Atomwaffen beschlossen werden – mit einem Wort: eine Nuklearwaffenkonvention.

PNND-Mitglieder waren 2007 an vielen Initiativen beteiligt, die sich für Nichtverbreitung und Abrüstung von Atomwaffen einsetzten. So warnten sie etwa vor den Gefahren, die von Lagerstätten von nuklearem Material ausgingen, plädierten für atomwaffenfreie Zonen, sprachen sich für mehr Mechanismen zur Kontrolle der Nukleartechnologie aus, unterstützten aktiv die Reduzierung der in Europa stationierten taktischen US-amerikanischen

Atomwaffen und befürworteten den Atomwaffensperrvertrag.

2008 muss noch mehr unternommen werden, um das volle Potential dieses momentanen „nuklearen Erwachens“ zu nutzen und den Prozess zu einer endgültigen Abkehr von Atomwaffen in Gang zu setzen. Wenn dies nicht unmittelbar geschieht, bedeutet das, der Welt eine neue Gelegenheit zu geben, in diesen apathischen Zustand zurückzufallen – wie das auch in *Awakenings* passiert – und sie dadurch wieder einen Schritt näher an den Rand einer nuklearen Katastrophe rücken zu lassen.

Wir als die fünf Ko-PräsidentInnen von PNND tun unser Bestes, um parlamentarische Initiativen auf der ganzen Welt anzuregen, zu unterstützen und anzuleiten, um so die Ankündigungen der Regierungen tatsächlich in die Tat umzusetzen. Die Gefahr, die von Atomwaffen ausgeht, soll endgültig der Vergangenheit angehören; wir wollen eine Welt schaffen, in der wir friedlich zusammenleben können – hilft uns dabei!

Senatorin Abacca Anjain Maddison
(Marschallinseln)

Ministerin Marian Hobbs (Neuseeland)

Mi-Kyung Lee (Südkorea)

Alexa McDonough (Kanada)

Uta Zapf (Deutschland)

PNND Namensänderung

*Der PNND-Beirat befürwortete bei der Versammlung im Oktober 2007 den Vorschlag, den Namen des Netzwerks von *Parliamentary Network for Nuclear Disarmament* (Parlamentarisches Netzwerk für Nukleare Abrüstung) in *Parliamentarians for Nuclear Nonproliferation and Disarmament* (Parlamentarisches Netzwerk für nukleare Abrüstung und Nichtverbreitung) zu ändern.*

Der Vorschlag, über den im Juli alle PNND-Mitglieder informiert wurden und der nirgends auf Widerstand traf, war aufgekommen aufgrund des Missverständnisses auf Seiten wichtiger Staaten, bei „Abrüstung“ handle es sich nur um die Durchführung einseitiger Abrüstungsmaßnahmen. Durch den neuen Namen wird deutlich, dass es PNND sehr wohl auch um Maßnahmen zur Nichtverbreitung und zur multilateralen Abrüstung geht.

*Wegen der erhöhten Komplexität des neuen Namens steht es PNND-Mitgliedern jedoch frei, in informellem Rahmen weiterhin die kürzere Version *Parliamentarians for Nuclear Disarmament* (ParlamentarierInnen für Nukleare Abrüstung) oder das Akronym PNND zu benutzen.*



Den atomaren Völkermord verhindern

Senator Roméo Dallaire, PNND-Sonderbeauftragter, ehemaliger Oberbefehlshaber der UN-Friedenstruppen in Ruanda



Senator Roméo Dallaire

Auszüge einer Rede anlässlich einer PNND-Veranstaltung in New York am 12. Oktober 2007, gehalten von Kim Kröber im Auftrag von Senator Dallaire

Wohin auch immer man zur Zeit blickt, wird man mit dem Thema globale Erwärmung konfrontiert. Es ist erstaunlich, wie ein Thema, das für ein paar Jahre aus dem öffentlichen Bewußtsein verschwunden war, in solch kurzer Zeit allgegenwärtig wurde...

Es gibt jedoch eine viel ernstere und direktere Gefahr, der jeder von uns heute ausgeliefert ist. Natürlich spreche ich von den 26.000 Atomwaffen, von denen tausende in weniger als 30 Minuten einsatzbereit sind. Schockierend daran ist, daß durchschnittliche BürgerInnen sich dieser Gefahr überhaupt nicht bewußt sind und Atomwaffen für ein Relikt des Kalten Krieges halten. Diese unhaltbare Situation kann nur durch eine weltweite Kampagne überwunden werden, die die Abschaffung von Atomwaffen als Ziel im öffentlichen Bewußtsein verankert.

„Die Menschheit hat andere bösartige Dinge erfunden und die Moral sowie die Vernunft besessen, sie abzuschaffen, wie die Sklaverei oder chemische und biologische Massenvernichtungswaffen.“

Wie ist diese enorme Kluft zwischen der akuten Atomwaffenbedrohung und der abgeklärten Haltung der meisten Leute entstanden? Dafür gibt es etliche Gründe:

1) TECHNOLOGISCHE KOMPLEXITÄT:

Die meisten Menschen glauben, das Thema Atomwaffen sei außerhalb ihrer Kontrolle und übersteige ihr Verständnis. Immerhin geht es dabei um Atomphysik und Raketentechnologie. In Wahrheit ist die dahinter stehende moralische Frage ziemlich überschaubar und für alle verständlich. Wir müssen die technischen Begriffe beiseite schieben, um den Blick auf den Kern des Problems für alle freizumachen. Atomwaffen tragen den Kern des Bösen in sich. Sie sind allein zu dem Zweck entworfen worden, so viele unschuldige ZivilistInnen wie möglich zu töten. Sie sind das ultimative Werkzeug zum Völkermord. In einer Welt, die das Leben und die Menschenrechte hochhält, haben sie keinen Platz. Sie müssen abgeschafft werden.

2) ABSTRAKTION:

Im Gegensatz zur globalen Erwärmung, haben die meisten Menschen keine direkte Erfahrung mit Atomwaffen. Sie erscheinen übermäßig abstrakt, geradezu irrelevant für das tägliche Leben. Die Menschen müssen von diesem Irrtum befreit werden. Atomwaffen sind sehr konkret und sehr real. Ich habe sie gesehen. Das beispiellose Ausmaß an Tod und Vernichtung, das sie in Hiroshima und Nagasaki angerichtet haben, war sehr real. Wir müssen die Realität dieser Bedrohung kommunizieren. Wir können uns nicht den Luxus erlauben, darauf zu warten, daß eine Atombombe oder eine schmutzige Bombe gezündet werden, denn dann wäre es sicherlich unwiderruflich zu spät. Es ist unsere Mission den endgültigen Holocaust durch globale Erwärmung und Atomwaffen zu verhindern.

3) ILLUSION VON SICHERHEIT:

Da es seit 1945 nicht mehr zu einem Einsatz von Atomwaffen kam, wurde der Öffentlichkeit die Illusion gegeben, wir seien sicher. Nichts könnte weiter von der Wahrheit entfernt sein. Nach Meinung vieler Experten sind wir heute der Gefahr durch Atomwaffen stärker ausgesetzt als in den heißen Phasen des Kalten Krieges. Ich werde die Gründe dafür noch ausführen.

4) DER GEIST IST AUS DER FLASCHE:

Es wird argumentiert, daß wir, da wir Atomwaffen erfunden haben, nun mit ihnen leben müssten, da ihre Erfindung nicht rückgängig gemacht werden könne.



Test einer Trident D5 Atomrakete durch die HMS Vanguard im Oktober 2005

Die Menschheit hat andere bösartige Dinge erfunden und die Moral sowie die Vernunft besessen, sie abzuschaffen, wie die Sklaverei oder chemische und biologische Massenvernichtungswaffen. Wenn die Menschheit intelligent genug ist, die Atomwaffentechnologie zu schaffen, dann laßt uns nun weise genug sein, diese Waffen abzuschaffen.

5) DER MYTHOS DER SICHEREN ATOMWAFFEN IM BESITZ DER „GUTEN“:

Das heutige Schlagwort zum Thema Atomwaffen ist Nichtverbreitung. Es gibt den Mythos, daß der Besitz von Atomwaffen durch „gute“ Staaten eine gute Sache sei. Man kann diese Atomwaffen dazu einsetzen, um Bösewichte, die keine solchen Waffen besitzen sollen, davon abzuhalten, die Weltordnung zu bedrohen. Diese Argumentation ist auf mehreren Ebenen falsch und gefährlich. Ich werde fünf Punkte anführen.

a) Atomwaffen tragen schon vom Konzept her den Kern des Bösen in sich.

Die Natur des Besitzers kann die monströse Natur der Waffe nicht ändern. Jede Sicherheit, jeder Frieden, der durch die Androhung eines Völkermordes erreicht wird, ist auf entsetzliche Weise unmoralisch und in jedem Fall inakzeptabel. Wir brauchen eine neue Form weltweiter Sicherheit, die unsere gegenseitige Abhängigkeit widerspiegelt.

„Jede Sicherheit, jeder Frieden, der durch die Androhung eines Völkermordes erreicht wird, ist auf entsetzliche Weise unmoralisch und in jedem Fall inakzeptabel.“

b) Atomare Abschreckung funktioniert in der heutigen Weltordnung einfach nicht mehr.

Die beiden Supermächte, die sich einst waffenstarr gegenüberstanden und die Möglichkeit zur vollständigen gegenseitigen Vernichtung hatten, gibt es nicht mehr. Dieses Paradigma des Kalten Krieges ist nicht länger wirksam. Es gibt eine große Anzahl neuer Akteure in der modernen Welt und eine Vielzahl komplizierender Faktoren wie zum Beispiel die Entstehung eines Schwarzmarktes für nukleares Material und die Gefahr von Atomterrorismus. Wir müssen das inzwischen überholte Sicherheitssystem von nuklearer Abschreckung und nuklearen Allianzen hinter uns lassen und zu einem System der Sicherheit übergehen, das auf Kooperation und einem Zugehörigkeitsgefühl zur Menschheit beruht.

c) Es ist falsch, sich nur auf Nichtverbreitung zu konzentrieren und die Frage der Abrüstung zu ignorieren.

Der erfolgreichste internationale Vertrag der Welt, der Atomwaffensperrvertrag, basiert auf einem Gegengeschäft: die Staaten, die keine Atomwaffen besitzen, verzichten auf deren Anschaffung, und im Gegenzug rüsten die Atomwaffenstaaten ihre nuklearen Arsenale vollständig ab (das Recht zur zivilen Nutzung blieb jedoch gewahrt). Die Atomwaffenstaaten halten ihren Teil der Abmachung jedoch nicht ein. Sie führen irreführende Argumente ins Feld: sie seien bereit in einer nebulösen Zukunft abzurüsten, es sei im Moment wegen der Anschläge vom elften September 2001 zu gefährlich, dies jetzt zu tun. Dies hat zu einer unmöglichen Situation geführt: Die Welt ist geteilt in Staaten mit und ohne Atomwaffen. Das nennt man nukleare Apartheid.

d) Konsequenzen der Beibehaltung/Modernisierung von Atomwaffen:

Durch die Beibehaltung, und in manchen Fällen der Modernisierung, von Atomwaffen, unterstreichen die Atommächte die Rolle dieser Waffen als neue Währung der Macht. Dies ermutigt gewisse Nichtatomwaffenstaaten, selbst den Besitz von Atomwaffen anzustreben oder sie im

Rahmen von Sicherheitsbündnissen wie der NATO beizubehalten.

e) Die Beibehaltung von Atomwaffen - egal durch wen - ist einfach zu gefährlich.

Ich weiß, daß viele von Ihnen mit der massiven Verletzung der Sicherheitsbestimmungen vertraut sind, zu der es in diesem Land, der größten Militärmacht der Welt, vor kurzem gekommen ist. Für die Dauer eines ganzen Tages war die zerstörerische Kraft von 60 Hiroshima-Bomben außerhalb der militärischen Kontrolle, als eine atomar bewaffnete B-52 aus Versehen einen Langstreckenflug absolvierte.

Irrren ist menschlich. Menschen, auch gut ausgebildete Sicherheitsspezialisten, können und werden Fehler machen. Darüber hinaus müssen wir mit Fehlfunktionen der Waffensysteme selbst rechnen, ihrer Trägersysteme, der Computer und so weiter. Führende WissenschaftlerInnen weltweit sind sich darin einig, daß ein nuklearer Zwischenfall unvermeidlich ist, entweder durch Absicht herbeigeführt oder durch einen Unfall. Im Januar 2007 stellte die Zeitschrift *Bulletin of Atomic Scientists* die Weltuntergangsuhr wegen der erhöhten Gefahr eines absichtlich oder unabsichtlich herbeigeführten atomaren Schlagabtauschs auf fünf vor zwölf. Wir werden erst dann sicher sein, wenn diese Waffen abgeschafft sind...

Fehlende Führerschaft

Auf internationaler Ebene klappt eine erschreckende Lücke, wenn es um globale Führerschaft geht. Überall in der Welt sind Regierungen zu Spielbällen der Lobbyisten geworden, die nur ihre eigenen Interessen wahren und den aktuellen Status quo weiterhin aufrecht erhalten wollen. In wichtigen Themen beziehen sie nur äußerst

vorsichtig Position, weil dies politische und wirtschaftliche Konsequenzen nach sich ziehen könnte; in Entscheidungsfragen gehen moralische Aspekte daher praktisch immer verloren. Sie haben ihr ursprüngliches Mandat vergessen: zuallererst das Leben und die Menschenrechte ihrer BürgerInnen zu schützen. Es ist eine Schande, daß man es zugelassen hat, daß sich die Situation auf internationaler Ebene einen Punkt erreicht hat, an dem das bloße Recht auf Existenz eines jeden von uns in jedem Augenblick bedroht ist. Dies muß sofort geändert werden...

Es gibt einige bedeutende positive Entwicklungen, auf die wir aufbauen müssen. Im Oktober 2006 stimmte die Generalversammlung der Vereinten Nationen mit 168 zu 4 Stimmen für die Abschaffung von Atomwaffen. Das *Wall Street Journal* veröffentlichte im Januar 2007 einen wegweisenden Artikel ehemaliger Hardliner des Kalten Krieges, der in seiner Geißelung der nuklearen Abschreckung und seiner Erläuterung des Ziels der Abschaffung von Atomwaffen von entscheidender Bedeutung ist...

Ich freue mich, Ihnen mitteilen zu können, daß beide Häuser des kanadischen Parlaments einstimmig Anträge verabschiedet haben, die Abrüstungsagenda wiederzubeleben und dabei eine Führungsrolle zu übernehmen. Wir müssen alle Regierungen dazu bewegen, diesem Beispiel zu folgen.

Margaret Beckett hat in ihrer damaligen Funktion als britische Außenministerin eine bemerkenswerte Stellungnahme abgegeben: Großbritannien könne durch einen neuen Anstoß für eine globale nukleare Abrüstung das Labor sein, um die politischen Konsequenzen einer Abrüstung zu studieren.



Ein hochentwickelter Marschflugkörper wird auf der Minot Air Force Base auf einen schweren Bomber vom Typ B52 geladen. Dort wurden im Oktober 2007 irrtümlicherweise sechs nukleare Marschflugkörper auf einen B52 geladen, die so verloren gingen. Foto freundlicherweise zur Verfügung gestellt von der Federation of American Scientists

„Ich habe Völkermord mit Macheten gesehen. Glauben Sie mir, wir würden einen Völkermord mit Atomwaffen nicht überleben.“

WORIN LIEGT DIE DRINGLICHKEIT DIE ATOMWAFFEN JETZT ABZUSCHAFFEN?

30 bis 40 Staaten scheinen kurz davor zu sein, sich Atomwaffen beschaffen zu können. Es besteht das Potential für mehrere regionale atomare Rüstungswettläufe. Nordkorea führte am 9. Oktober 2006 seinen beunruhigenden Atomwaffentest durch und der Charakter des iranischen Atomprogramms ist immer noch unklar. Die nächsten zwei Jahre werden darüber entscheiden, ob es zu einer alarmierenden Ausbreitung von Atomwaffen kommt, oder ob der Wind sich dreht und Abrüstungsverpflichtungen beachtet und ernsthaft durchgeführt werden...

Niemand kann sich ein neues atomares Wettrüsten leisten. Seit Ende des Kalten Krieges wurden 12 Billionen US-Dollar dafür ausgegeben, Technologie zu perfektionieren, die unseren Planeten mehrfach vernichten kann. Was für eine obszöne und unmoralische Umleitung von globalen Ressourcen, die bis heute anhält und sogar weiter wächst. Man stelle sich vor, welchen Beitrag zur Stärkung des Friedens und der internationalen Sicherheit diese finanziellen Mittel haben könnten, würde man sie verwenden, um die Armen zu ernähren, zu heilen, auszubilden und ihnen Arbeit zu geben...

Stellen Sie sich einmal vor, Sie schickten Ihren Sohn oder Ihre Tochter mit einem Mitschüler zur Schule, mit dem Ihr Kind in der Vergangenheit Meinungsverschiedenheiten hatte. Um sicherzustellen, daß es nicht zu Handgreiflichkeiten kommt, wären jeden Tag, während des gesamten Tages, beide Kinder mit Pistolen bewaffnet, die sie einander an die Schläfen hielten. Dies erscheint abstoßend und lächerlich, es ist jedoch die Art und Weise, auf die wir „zivilisierten“ Mitglieder des einundzwanzigsten Jahrhunderts nach eigener Wahl leben. Natürlich sind unsere

**LET ME THROUGH.
I'M AN ARMS SALESMAN**



David Austin



Waffen viel mächtiger und drohen nicht nur unseren Gegner zu vernichten, sondern alles Leben auf unserem Planeten.

Es kann keine globale Sicherheit geben, solange wir uns auf die unterschiedslose Androhung von Massenmord als der Basis für Frieden verlassen. Den einzigen wahren Frieden erreicht man nur durch gegenseitigen Respekt, totale Transparenz, Vertrauen, sowie der Akzeptanz der Tatsache, daß wir alle miteinander vernetzt sind. Wir müssen die grundlegende Vernetzung globaler Bedrohungen anerkennen.

Es muß eine verifizierte, irreversible Abrüstung geben, die die baldige vollständige Abschaffung von Atomwaffen zum Ziel hat. Wir müssen den nuklearen Brennstoffkreislauf und den Zugang zu nuklearem Brennstoff für die zivile Nutzung der Atomenergie kontrollieren. Lagerbestände von atomarem Material müssen gesichert werden.

Die tieferliegenden Ursachen globaler Unsicherheit müssen angesprochen werden, wie Armut, Krankheiten, Rechtsverletzungen, unangemessene internationale Entwicklung, eingeschränkter Zugang zu Arbeit und Bildung, Ungleichbehandlung der Geschlechter und andere.

FAZIT:

Ich bin kein Panikmacher. Ich habe die gnadenlosen Folgen globaler Gleichgültigkeit selbst erlebt... Ich habe die menschliche Neigung zum Bösen aus der Nähe gesehen. Ich habe Völkermord mit Macheten gesehen. Glauben Sie mir, wir würden einen Völkermord mit Atomwaffen nicht überleben.

Eine gefährliche Gleichgültigkeit beginnt sich breitzumachen – eine Gleichgültigkeit, die auf Ignoranz beruht und den Einsatz von Atomwaffen als Kavaliersdelikt behandelt.

Ernstzunehmende Akteure diskutieren nicht nur den Einsatz von Atomwaffen zur Verteidigung, sondern auch deren Einsatz im Rahmen eines Präemptivschlages gegen ein Land, das keinen kriegerischen Akt begangen hat. Dies ist ein Schlag ins Gesicht für den Internationalen Gerichtshof, der 1996

einstimmig entschied, daß die Anwendung von Atomwaffen oder die Drohung damit „generell im Gegensatz“ zu humanitärem und internationalem Recht stehe und die Staaten eine rechtliche Pflicht zur Abrüstung haben.

Wir müssen gemeinsam Alarm schlagen. Wir müssen die Wut und Entrüstung wecken, die die einzig angemessene Antwort auf die schiere Existenz sind, ganz zu schweigen vom präemptiven Einsatz dieser entsetzlichen Waffen. Wir müssen die Länder aus der Schockstarre aufschrecken, in der sich viele seit der Tragödie des 11. September befinden. Furcht und Haß können keinesfalls die Basis für eine rationale Strategie der internationalen Sicherheit sein. Der Status Quo mit seinen unverrückbaren Positionen darf nicht bestehen bleiben. Dies ist nicht der Zeitpunkt zu sagen: „Laßt uns abwarten und sehen, was die anderen tun“. Es ist an der Zeit, die Initiative für eine neue Form des Zusammenlebens zu ergreifen, denn sollten wir damit scheitern, werden wir mit Sicherheit alle gemeinsam untergehen.

Wir müssen uns selbst dafür einsetzen, Brücken zu bauen, alternative Sicherheitsmechanismen zu entwickeln und Klartext zu reden, um den Prozeß voranzubringen. Wir müssen alle diplomatischen Kanäle nutzen, offizielle wie inoffizielle. Wir müssen die Unterstützung der Massenmedien gewinnen, um eine nachhaltige Kampagne zur atomaren Abrüstung zu führen. Wie kann etwas, das täglich unser aller Überleben bedroht, nicht von den nationalen und internationalen Medien zur Kenntnis genommen werden? Dies muß sich ändern. Nur mit Hilfe der Medien kann der Öffentlichkeit die atomare Bedrohung bewußt gemacht werden, nur mit ihrer Hilfe kann die Öffentlichkeit aktiviert werden.

Wenn, wie der ehemalige UN-Generalsekretär Kofi Annan sagte, die Welt schlafend am Steuer eines schnell fliegenden Flugzeugs sitzt, dann laßt uns um Himmels Willen das Steuer ergreifen und die Menschheit in die Zukunft führen!

Die vollständige Rede von Senator Dallaire finden Sie in englischer Sprache auf unserer Webseite:

http://www.gsinsitute.org/mpi/pnnd/docs/10_12_07_Dallaire.html

Den Atomwaffensperrvertrag aufrecht erhalten – das Article VI Forum

Senator Douglas Roche, Vorsitzender der Middle Powers Initiative

Ein Schlagwort fällt in der zur Zeit herrschenden Debatte um den Atomwaffensperrvertrag besonders oft: die „Glaubwürdigkeit“.

Nach dem 38-jährigen Bestehen des Vertrags, dem Beginn eines zweiten nuklearen Zeitalters und geschätzten 25 000 nach wie vor existierenden Kernwaffen; nach wiederholten Aufrufen des UN-Generalsekretärs, dem Ziel der nuklearen Abrüstung mittels Verhandlungen über Weitergabe-Stopps näherzurücken; nach jahrelangem Ignorieren der Entscheidung des Internationalen Gerichtshofes, dass Verhandlungen über die endgültige Abschaffung von Atomwaffen abgeschlossen werden müssen, müssen wir uns ehrlich die Frage stellen: Sind die im Atomwaffensperrvertrag gesteckten Ziele noch glaubwürdig? Und ist der Atomwaffensperrvertrag ein glaubwürdiges Instrument, diese zu erreichen?

Nach dem Scheitern der Konferenz zur Überprüfung des Atomwaffensperrvertrages 2005 schuf die Middle Powers Initiative mit dem Article VI Forum einen informellen Rahmen für gleichgesinnte Staaten, um geeignete Maßnahmen und Schritte zu entwickeln, die schließlich zum tatsächlichen Inkrafttreten des NPT und somit einer nuklearfreien Welt führen sollen. Auf bisher vier Treffen, an denen an die 30 Staaten teilnahmen, konnte man sich auf eine Reihe von Themen einigen, bei

denen sich die meisten Regierungen einig waren. In diesen Bereichen sollten bis zur nächsten Konferenz zur Überprüfung des Atomwaffensperrvertrages 2010 Maßnahmen ergriffen werden.

Dazu gehören:

- eine überprüfbare Reduktion der strategischen Nuklearwaffen
- ein Rückzug der taktischen Kernwaffen aus dem Ausland
- die Aufhebung der höchsten Alarmbereitschaft der Atomstreitkräfte (De-alerting)
- Verhandlungen über einen Vertrag über ein Verbot der Produktion von spaltbarem Material für Waffenzwecke
- das Inkrafttreten des Atomteststoppvertrages
- verstärkte negative Sicherheitsgarantien
- eine Regulierung der nuklearen Brennstoffproduktion und -versorgung

Das Article VI Forum stellte auch Überlegungen dazu an, auf welche Weise atomwaffenfreie Staaten aktiv werden können. Dazu gehört die Errichtung weiterer nuklearwaffenfreier Zonen, die Entwicklung von unabhängigen Kontrollmechanismen, die Verabschiedung nationaler Gesetze zum Verbot von Nuklearwaffen sowie der Rückzug von Regierungsfonds aus Unternehmen, die in die Atomwaffenindustrie verwickelt sind (Divestment).



Senator Roche beim einem Article VI Forum in Wien mit Jayantha Dhanapala, ehem. UN-Untergeneralsekretär für Abrüstung und Dorothea Auer, Vorsitzende des österreichischen Außenministeriums für Abrüstung und Nichtweitergaben

Das Article VI Forum untersucht nun, ob diese Maßnahmen zu Abrüstung und Nichtweitergabe, einschließlich der Verabschiedung einer Atomwaffenkonvention, dazu geeignet sind, dem Ziel einer atomwaffenfreien Welt näherzurücken.

ParlamentarierInnen können eine tragende Rolle übernehmen in der Unterstützung ihrer Regierungen, diese Maßnahmen und Initiativen umzusetzen oder zumindest zu befürworten. Sie können darüberhinaus sicherstellen, dass die Konferenz zur Überprüfung des Atomwaffensperrvertrages 2010 von ihren Regierungen auf höchster politischer Ebene thematisiert wird.

Für weitere Informationen siehe www.middlepowers.org

Kernenergie: Die Antwort auf den Klimawandel oder ein Freibrief für Atomwaffenweitergabe?

Dr. Herman Scheer, Mitglied des Bundestags und Vorsitzender des World Council for Renewable Energy; Alyn Ware, PNND-Generalsekretär



Dr. Herman Scheer

Der Eintritt in das Atomzeitalter 1945 stellte uns vor eine neue erschreckende Realität: Von nun an war es den Menschen nicht nur möglich, einander in Massen umzubringen; von jetzt an hatten sie auch die Macht über den Fortbestand der Zivilisation und das gesamte Ökosystem. Die nukleare Bedrohung besteht nach wie vor – und jetzt kommt eine weitere von Menschenhand erzeugte Bedrohung hinzu: Emissionen, die den Klimawandel bewirken.

Um auf die steigende globale Bedrohung, die von Klimawandel und Kernwaffen ausgeht, aufmerksam zu machen, hat das Bulletin of Atomic Scientists im Januar 2007 die Zeiger ihrer „Weltuntergangsuhr“ auf fünf Minuten vor Mitternacht vorgerückt. Der Ansicht angesehener

WissenschaftlerInnen nach illustriert die Uhr, wie unmittelbar uns eine Katastrophe bevorsteht, die unsere Zivilisation auslöschen könnte.

Der Mathematiker Stephen Hawking sagte auf der Pressekonferenz, bei der das Vorrücken der Zeiger der Weltuntergangsuhr bekannt gegeben wurde: „Wir WissenschaftlerInnen wissen um die Gefahren, die von Kernwaffen ausgehen, und ihre verheerenden Auswirkungen. Und wir werden herausfinden, welche menschlichen Handlungen und Technologien das Klima auf der Erde in einer Art und Weise beeinflussen, dass das Leben auf der Erde möglicherweise für immer verändert wird. Als BürgerInnen dieser Welt haben wir die Pflicht, die Öffentlichkeit auf die unnötigen Risiken aufmerksam zu machen, mit denen wir tagtäglich leben. Und wir müssen



Die IAEA entwickelte 2007 ein neues internationales Symbol für Strahlung, das vor einer potentiellen Gefahrenquelle warnen soll.

vor kommenden Gefahren warnen, wenn Regierung und Gesellschaft sich nicht aktiv um die Abschaffung von Atomwaffen und das Abwenden des Klimawandels bemühen.“

Die schwierige Aufgabe, den nationalen und globalen Interessen gerecht zu werden und gleichzeitig die Emissionen zu verringern, hat viele Regierungen dazu veranlasst, Kernenergie als potentielle Lösung des Problems zu sehen. Der US-amerikanische Präsident George W. Bush etwa äußerte kürzlich auf einem Treffen des Asia-Pacific Economic Cooperation Summit: „Wer das Thema Treibhausgase tatsächlich ernst nimmt, unterstützt Kernenergie. Wer sich wirklich und wahrhaftig wegen der Gefahren, die von Treibhausgasen ausgehen, Sorgen macht, wie das viele von uns tun; wem dieses Thema wichtig ist, wie mir, sollte Nuklearenergie befürworten. Denn bei der Gewinnung von Kernenergie entstehen keine Treibhausgase.“

Aufgrund dessen ziehen die USA nach einer 30-jährigen Unterbrechung die neuerliche Errichtung von Atomkraftwerken in Betracht. Auch andere Staaten erwägen, mit dem Bau von Kernkraftwerken zu beginnen, ihn wiederaufzunehmen oder verstärkt fortzuführen.

Eine vom Massachusetts Institute of Technology 2003 durchgeführte Studie prognostiziert für die nächsten 45 Jahre den Bau von 1000 neuen Kernreaktoren, um der Energienachfrage gerecht zu werden, ohne den Emissionsausstoß zu erhöhen.

Eine große Anzahl anderer Studien jedoch besagt, dass durch Kernenergie der Bedarf nicht gedeckt werden kann, ihre Herstellung unverhältnismäßig teuer und nicht CO₂-neutral ist und außerdem zusätzliche Umwelt- und Sicherheitsrisiken mit sich bringt. Neuere Untersuchungen belegen, dass es umweltfreundliche und nachhaltige Formen der Energiegewinnung gibt, die unseren steigenden Energiebedarf decken können.

„Die CO₂-Bilanz bei der Produktion von Kernenergie entspricht der eines Gaskraftwerkes.“

KERNENERGIE KANN UNSEREN STROMBEDARF NICHT DECKEN

Das Institute for Energy and Environmental Research hält die von MIT geschätzten 1000 neuen Atomreaktoren, die bis 2050 gebaut werden sollen, in Anbetracht der aktuellen und der geplanten technischen Kapazitäten für eine optimistische Prognose. Auch wenn dies tatsächlich möglich sein sollte, steigt dadurch der Anteil von Nuklearenergie an der weltweit erzeugten Energie um nur 4%. Verglichen mit einem gleich hohen Aufwand von Ressourcen in der Entwicklung von nachhaltigen Energieformen ist diese Investition nicht lohnend.

NUKLEARENERGIE IST UNVERHÄLTNISSMÄSSIG TEUER

Lewis Strauss, Chef der US Atomic Energy Commission, versprach 1954 der Welt, „dass unsere Kinder einmal zuhause Strom beziehen werden, der zu billig ist, um verrechnet zu werden.“ In der Realität sieht das ganz anders aus – Nuklearenergie ist eine der teuersten Energieformen. Die wahren Kosten werden durch umfangreiche Subventionen seitens der Regierung und durch Einschränkungen der Haftpflicht bei Unfällen verdeckt. Außerdem werden die Kosten für Atommülllagerung und Stilllegung von Anlagen nicht in die Preiskalkulation miteinbezogen. Auch ohne diese Kosten entspricht der Preis einer Kilowattstunde Atomstrom etwa dem doppelten einer durch Gas erzeugten; eine Preissenkung ist auch in Zukunft nicht zu erwarten. Die Kosten von Wind- und Solarenergie hingegen sind inzwischen vergleichbar mit denen der Atomenergie; Die Preise fallen jedoch konstant, da durch die effizientere Stromgewinnung ein Rationalisierungseffekt einsetzt: Je mehr Windturbinen produziert werden, desto geringer wird der Preis pro Stück.

KERNENERGIE IST NICHT CO₂-NEUTRAL

Es ist richtig, dass durch die Spaltung von angereichertem Uran in einem Atomreaktor zur Energieerzeugung keine CO₂-Emissionen entstehen. Bei jedem anderen Prozess, der zur Atomenergiegewinnung nötig ist, wird jedoch Kohlendioxid produziert. Dies ist der Fall bei Abbau, Transport und Zerkleinerung des Uranerzes, bei der Uran-Extraktion, der Urananreicherung, seiner Erhitzung, dem Bau der Kraftwerke und der Ummantelung der radioaktiven Abfälle mit Zirkonium. In ihrer wissenschaftlichen Veröffentlichung „Nuclear Power: The Energy Balance“ geben die Autoren J.W. Storm und P. Smith an, dass bei der Verwendung von Erzen hoher Qualität der CO₂-Ausstoß nur ungefähr der Hälfte bis einem Drittel des Ausstoßes eines gleichgroßen Gaskraftwerkes entspricht. Bei der Verwendung von Erzen niedriger Qualität (= Anteil an U₃O₈ unter 0,02 % pro Tonne Erz) ist der CO₂-Ausstoß im gesamten Verarbeitungszyklus jedoch genauso hoch, wie die produzierten Emissionen eines vergleichbaren Gaskraftwerkes.

KERNENERGIE SCHAFFT UMWELT- UND SICHERHEITSRISIKEN

Kernreaktoren setzen eine unglaublich hohe Menge an radioaktiver Strahlung frei – bis zu hundert Mal mehr, als die über Hiroshima und Nagasaki abgeworfenen Atombomben. Darüber hinaus finden Kernreaktionen unter extremen Druckverhältnissen und hohen Temperaturen statt – und das alles nur, um Wasser zum Verdampfen zu bringen und so Turbinen zu betreiben. Für Physiker Michio Kaku ist dies so, als würde man Butter mit einer Kettensäge schneiden.

Es ist richtig, dass Kernreaktoren sehr strikten Sicherheitsrichtlinien unterliegen. Und trotzdem können Unfälle passieren, wie die Erfahrung zeigt. Der Unfall in Tschernobyl forderte tausende Menschenleben; des weiteren wurden Millionen von Curie in die Atmosphäre freigesetzt und weite Regionen unbewohnbar gemacht. Zu weiteren Unfällen, bei denen geringere Strahlungsdosen frei wurden, kam es in Sellafield (1957) und Three Mile Island (1979). Sogar mit erhöhten Sicherheitsbestimmungen bleibt das Risiko eines verheerenden Atomunfalls hoch. Henrik Paulitz schätzt anhand offizieller deutscher Risikostatistiken die Wahrscheinlichkeit eines schweren Atomunfalls in Europa in den nächsten 40 Jahren mit 1:6 ein; eine Wahrscheinlichkeit gleich der, beim Würfelspiel eine Sechs zu werfen.

Ebensowenig sollte die Gefahr unterschätzt werden, die von Kernkraftwerken als potentiellen Zielen von Anschlägen ausgeht. Hätten die Terroristen ihre Flugzeuge nicht in das World Trade Center, sondern in den Kernreaktor Indian Point nördlich von Manhattan gelenkt, so wäre die Großstadt für mehrere hundert Jahre unbewohnbar geworden.



Windkraftturbinen vor der englischen Küste.
Foto: Anthony Upton

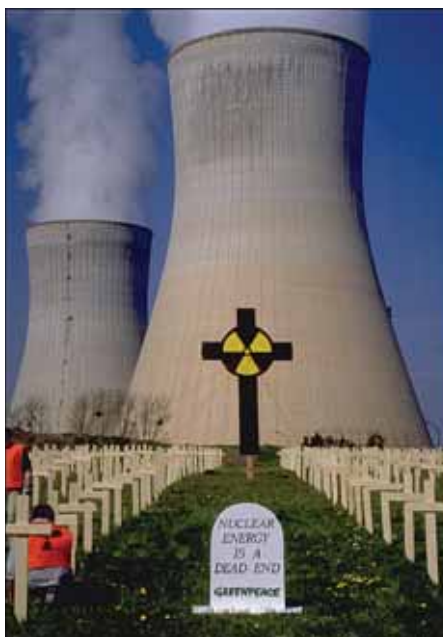


Photo: Greenpeace/Lieze Blanckaert.

ATOMENERGIENUTZUNG FÜHRT ZUR BOMBE

In einem Bericht des Komitees für Atomenergie des US-Außenministeriums hieß es 1946: „Die Entwicklung der Nutzung von Atomenergie zu friedlichen Zwecken und ihre Entwicklung für den Einsatz bei Atombomben verlaufen in vieler Hinsicht in austauschbarer Art und Weise und hängen stark voneinander ab.“ Das Komitee zog daraus den Schluss: „Sicherheit vor einem Atomkrieg kann auch in Zukunft nicht gewährleistet werden“ – denn im herrschenden internationalen System stehe es den Nationen frei, „Atomenergie zu entwickeln und [sie] werden bloß darum gebeten, diese Technologien nicht für die Entwicklung von Atombomben einzusetzen.“

Kürzliche Ereignisse haben diese Behauptung bestätigt. Die Entwicklung von Kernwaffen in Frankreich begann mit einem Nuklearprogramm, von dem viele Wissenschaftler ursprünglich glaubten, es handle sich dabei um ein rein ziviles Projekt. Auch die Explosion einer nuklearen Einrichtung in Indien 1974 ging auf ein Programm zur zivilen Nutzung der Kernkraft zurück.

Frank von Hippel, Berater der US-amerikanischen Regierung, gibt zu bedenken, dass „zivile Kernenergieprogramme eine sehr praktische Tarnung für das Training von Fachkräften, des Kernmaterials und der Technologieentwicklung für den Bau von Atomwaffen bieten.“

Vor Kurzem brachten einige arabische, äußerst energiereiche Staaten ihren Wunsch zum Ausdruck, in die friedliche

Nutzung der Kernenergie einsteigen zu wollen. Dies wirft natürlich Fragen zu den eigentlichen Intentionen dieser Regierungen auf und gibt Anlass zur Sorge, ob eine so entstehende Entwicklung der Atomenergienutzung nicht mit einer Weitergabe von Atomwaffen einhergeht.

Viele Staaten nutzen den Atomwaffensperrvertrag, um auf ihr „Recht“ zur Gewinnung von Kernenergie hinzuweisen und dabei Unterstützung von anderen Staaten und der Internationalen Atomenergieorganisation (IAEA) zu erhalten. Dies könnte jedoch geändert werden: indem der Atomwaffensperrvertrag um ein Protokoll erweitert würde, das die aktuelle Verpflichtung zur Hilfe bei der Atomenergiegewinnung durch die Beratung zur Entwicklung von erneuerbaren Energieformen ersetzt.

ALTERNATIVE ENERGIEFORMEN KÖNNEN DEN GLOBALEN BEDARF DECKEN

Momentan wird nur ein kleiner Teil des weltweiten Energiebedarfs durch andere Formen der Energiegewinnung, in Wind-, Solar-, Biomasse- oder Wasserkraftwerken, gedeckt. Sie könnten jedoch in Zukunft einen Großteil der weltweit produzierten Energie ausmachen. Henry Paulitz schätzt, dass erneuerbare Quellen bis zum Jahr 2050 580 Exajoules an Energie liefern werden. Diese Menge liegt 30% über dem heutigen weltweiten Energieverbrauch. Eine Produktionssteigerung bedarf jedoch verstärkter Forschung sowie Unterstützung der Regierung, wie im Falle der Atomenergie, um die technische Entwicklung voranzutreiben und alternative Energieformen wettbewerbsfähig zu machen.

Einige Staaten investieren ausreichend in die Nutzung erneuerbarer Energiequellen, um weniger auf fossile Brennstoffe zurückgreifen zu müssen und aus der Atomenergiegewinnung aussteigen zu können. In Deutschland war dieser Prozess äußerst erfolgreich, wie Dr.



Grafik von Avenging Angels.

„Wind-, Solar-, Biomasse- oder Wasserkraftwerke werden bis zum Jahr 2050 580 Exajoules an Energie liefern.“

Hermann Scheer in seinem vor Kurzem veröffentlichten Buch Energy Autonomy schreibt. Seit der Verabschiedung des Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) 2004 stieg der Anteil von Strom, der aus erneuerbaren Quellen stammt, auf 12% der gesamten deutschen Energieproduktion an – ein Anteil, der der Zielsetzung von 2010 entspricht. 8,5% oder 25 000 Megawatt machen mittlerweile die 'neuen' Arten der erneuerbaren Energien aus, also ohne Strom der in Wasserkraftwerken mit Staudämmen gewonnen wird. Windenergie steht bei diesen 'neuen' Arten an erster Stelle. Geht man davon aus, dass das jährliche Wachstum in den nächsten Jahrzehnten ähnlich hoch bleibt, können die Kapazitäten bis 2015 auf 48 000 Megawatt, bis 2025 auf 78 000 MW, 2035 auf 108 000 MW und 2054 auf 178 000 MW erhöht werden, wodurch die im EEG anvisierten Ziele weit übertroffen würden. Darüber hinaus kann davon ausgegangen werden, dass die Effizienz dieser Form von Energiegewinnung noch gesteigert werden kann – die Technologie dazu steckt schließlich noch in den Kinderschuhen.

So können in Deutschland Atomenergie und Energie aus fossilen Brennstoffen in 40 bis 50 Jahren vollständig durch erneuerbare Energieformen ersetzt werden.

DIE ROLLE DER PARLAMETARIERINNEN

ParlamentarierInnen können zur Befürwortung von Technologien zur Gewinnung von erneuerbarer Energie beitragen, die Entwicklung von Kernenergie einschränken und so der nuklearen Proliferation entgegenwirken:

- ParlamentarierInnen können ihre Regierungen dazu ermutigen, auf Atomenergie zu verzichten und stattdessen vermehrt auf erneuerbare Energie zu setzen
- Sie können die Einrichtung einer International Renewable Energy Agency unterstützen, die den Staaten bei der Umstellung auf die Nutzung von erneuerbaren Energiequellen behilflich sein soll
- Darüberhinaus können sie die Erweiterung des Atomwaffensperrvertrags um ein zusätzliches Protokoll befürworten, in dem den Staaten Hilfe bei der Entwicklung von erneuerbarer Energie zugesagt wird
- Außerdem haben sie die Möglichkeit, dem World Parliamentary Network for Renewable Energy beizutreten (Kontakt: hermann.scheer@bundestag.de)

PNND Global Coordinator Alyn Ware wirkte bei der Recherche und der Gestaltung dieses Artikels mit

Der Atomdeal zwischen Indien und den USA – parlamentarische Reaktionen

Uta Zapf, PNND-Co-Präsidentin, Vorsitzende des Unterausschusses für Abrüstung, Rüstungskontrolle und Nichtverbreitung im Deutschen Bundestag

Der Beginn der Verhandlungen über eine nukleare Zusammenarbeit zwischen Indien und den USA warf entscheidende Fragen auf bezüglich der Zukunft von Kontrollmechanismen für Atomwaffen und der Zukunft und Glaubwürdigkeit des Atomwaffensperrvertrags.

Die Reaktionen der Parlamente waren 2006 sehr unterschiedlich. Als Vorsitzende des Unterausschusses für Abrüstung, Rüstungskontrolle und Nichtverbreitung im deutschen Parlament richtete ich mich in einem Brief an die Mitglieder des US-amerikanischen Senats, um auf die Folgen des Deals aufmerksam zu machen. Der Brief wurde von PNND weiterversandt und von über 30 ParlamentarierInnen aus Europa, Afrika, Australien, Neuseeland und dem Europäischen Parlament unterstützt.

In diesem Schreiben wurde die Besorgnis der ParlamentarierInnen deutlich, dass mit dem Deal der Atomwaffensperrvertrag untergraben werden würde. Darüberhinaus fürchteten die ParlamentarierInnen, durch das Abkommen würde „Indien in seinen Plänen zur nuklearen Aufrüstung



Kernreaktor Tarapur Maharashtra.



Präsident Bush und der Indische Premier Manmohan Singh diskutieren das Abkommen vom 2. März 2006. Jim Watson/AFP - Getty Images

unterstützt, ohne dazu verpflichtet zu sein, alle seine Anlagen den Richtlinien der International Atomic Energy Agency-Sicherheitsklauseln zu unterlegen. Daher wird eine beträchtliche Anzahl von militärischen und zivilen Anlagen diesen Auflagen nicht entsprechen. Im Atomwaffensperrvertrag werden jedoch umfassende Sicherheitsmaßnahmen von allen Staaten außerhalb der fünf 'offiziellen' Atommächte verlangt.“ Mit dem Deal werde „Indien dazu ermutigt, den Atomwaffensperrvertrag nicht zu unterzeichnen“ und stillschweigend als Atomwaffenstaat anerkannt.

Die Einfuhrerlaubnis für spaltbare Materialien zur Kernenergieproduktion würde es Indien ermöglichen, seine begrenzten Ressourcen für die Produktion von Nuklearwaffen zu nutzen und so sein Atomwaffenarsenal zu vergrößern.

Im Brief wurde außerdem die große Verantwortung betont, die die Mitglieder der Nuclear Suppliers Group (NSG) tragen.

Im deutschen und belgischen Parlament wurde über das Abkommen debattiert. Das belgische Parlament verabschiedete eine Resolution, in der die belgische Regierung dazu aufgefordert wurde, den Deal zu hinterfragen. Auch im deutschen Parlament kamen heftige Diskussionen zu dem Thema auf, jedoch konnte man sich auf keine gemeinsame Resolution einigen.

Der indische Journalist J. Sri Raman war eingeladen worden, die Mitglieder des Bundestags über den Deal zu informieren. Sri Raman berichtete über die Debatten, die in Indien geführt werden; besonders über die unter AkademikerInnen und FriedensaktivistInnen. Die Debatte in Indien drehe sich weniger um die Vorteile und Nachteile des Abkommens als

darum, ob durch den Deal Indiens freie Handlungsmöglichkeiten im Bereich Nuklearwaffen eingeschränkt werden würden.

In den USA stimmten sowohl das Repräsentantenhaus als auch der Senat dem Abkommen unter gewissen Einschränkungen zu. Am 18. Dezember 2006 unterzeichnete Präsident Bush die entsprechenden Resolutionen von Repräsentantenhaus und Senat. Die vom Kongress geforderten Bedingungen schlossen unter anderem ein, dass Indien das exportierte Material nicht zweckentfremden und anderen Unternehmungen zuführen dürfe. Indien dürfe zudem keine Atomtests durchführen und müsse aktiv mit den USA an einem Vertrag zum Verbot der Herstellung von spaltbarem Material für Atomwaffenzwecke (FMCT – Fissile Material Cut-Off Treaty) zusammenarbeiten. Aus rüstungskontrolltechnischer Perspektive jedoch reichen diese Einschränkungen nicht aus. Im Fall eines FMCT unterstützen die USA keine Prüfungsmechanismen, und der Kongress hat einige der Einschränkungen gemildert, die Teil von früheren Entscheidungen waren.

Die Entscheidung des Kongresses wurde von der indischen Regierung als sehr negativ empfunden und löste Debatten über den Verlust von Indiens Souveränität aus. Der ehemalige indische Premierminister Atal Bihari Vajpayee forderte eine Diskussion über das Abkommen im indischen Parlament.

An der Nuclear Suppliers Group liegt es nun, über den Deal zu entscheiden – die endgültigen Ergebnisse der indisch-US-amerikanischen Verhandlungen stehen jedoch noch aus.

Supermodel Christie Brinkley und die PNND-Co-PräsidentInnen

Mehr Moralbewusstsein und praktische Missionen der Vereinten Nationen

„Was hat ein Model mit Atomwaffen zu tun?“ fragte Christie Brinkley in ihrer Rede vor den Vereinten Nationen am 11. Oktober 2007. Christie Brinkley ist jedoch nicht nur Supermodel und eine US-Ikone: Sie war eine derjenigen engagierten und aufgeklärten Frauen, die bei der von PNND und dem Global Security Institute organisierten Diskussion auf dem rein weiblich besetzten Podium sprach.

Neben Brinkley nahmen Ministerin Marian Hobbs, Parlamentarierin und ehemalige neuseeländische Ministerin für Abrüstung; Cora Weiss, langjährige Friedensaktivistin und Vorsitzende für Geschlechtergerechtigkeit bei den Vereinten Nationen und Alexa McDonough, langjähriges Mitglied des Kanadischen Parlaments, teil. Von Rhianna Tyson vom Global Security Institute moderiert, brachte die Diskussion Frauen zusammen, die sich auf unterschiedlichen Ebenen mit der Verhinderung von atomaren Konflikten beschäftigen.

Ein rein weiblich besetztes Podium ist bei den Vereinten Nationen eine Seltenheit, insbesondere wenn es um Themen wie Abrüstung oder Sicherheitsfragen geht. Der Termin war überaus passend gewählt, denn die Podiumsdiskussion fand am Abend des 7. Jahrestages der Verabschiedung der Resolution 1325 des UN-Sicherheitsrates statt. In dieser Resolution wird die verstärkte Teilnahme von Frauen auf allen Ebenen der friedlichen Konfliktprävention gefordert.

Cora Weiss merkte an, dass „eine vollständige Implementierung von 1325 im Prozess zur Abschaffung von Atomwaffen sehr viel bewirken könnte“, denn diese Resolution stelle drei äußerst wichtige Forderungen: „Die Teilnahme von Frauen auf allen Führungsebenen, den Schutz von Frauen vor Gewalt sowie der Prävention von Gewalt ganz allgemein. Der bloße Besitz von Atomwaffen ist Gewalt.“

Auf dem Event, das von TV und Printmedien aus den Vereinigten Staaten sowie Europa mit regem Interesse verfolgt wurde, wurde vor allem der Zusammenhang betont zwischen militärischer Sicherheit – etwa dem Schutz von Territorium und Integrität des Staates – und der menschlichen Sicherheit, beispielsweise dem Schutz der Menschenrechte, der Umwelt und des Friedens.

Die herkömmliche Theorie der politischen Beziehungen ist männlich dominiert und behandelt militärische und menschliche Sicherheit, als ob sie in Konkurrenz zueinander stünden. So müssen Regierungen bei einer der beiden Formen von Sicherheit oft einen Kompromiss zuungunsten der anderen eingehen. Jedoch wird immer öfter wahrgenommen – wie auch bei diesem Event vom 11. Oktober –, dass die menschliche Sicherheit eine zwingende Vorstufe der militärischen Sicherheit ist und keine Konkurrenz für sie darstellt.



Supermodel Christie Brinkley bei den UN.

Christie Brinkley und Cora Weiss erinnerten daran, dass es schließlich auch Mitleid für Kinder und deren Recht auf Gesundheit und auf eine intakte Umwelt waren, die zu bedeutenden Errungenschaften wie dem Atomteststoppvertrag geführt hatten.

Vor 64 Jahren traten in Washington D.C. Frauen zusammen, um nach Möglichkeiten zu suchen, wie die Durchführung von weiteren Atomtests aufgehalten werden kann,“ sagte Weiss. „Die dabei freigesetzte radioaktive Strahlung fiel in Form von saurem Regen auf die Weiden, wo Rinder grasten. Mit dieser Milch fütterten wir unsere Kinder, worauf Strontium 90 in Babyzähnen nachgewiesen werden konnte. Die Initiative „Women Strike for Peace“ (Frauen für den Frieden) war

„Ich bin mir ziemlich sicher, dass ich sogar trotz meiner ‘Supermodel-Kräfte’ bei einer nuklearen Katastrophe mit euch anderen pulverisiert und zersetzt werden würde.“

Christie Brinkley auf dem PNND-Event bei den Vereinten Nationen am 11.10.2007

entstanden; und nachdem den Journalisten zwei Jahre lang beigebracht wurde, wie der Terminus Strontium 90 buchstabiert wird, unterzeichnete Präsident Kennedy das, was ich den „halben Atomteststoppvertrag“ nenne und machte somit fast alle Formen von atmosphärischen Atomtests ungesetzlich.“

Christie Brinkley merkte an, dass die Eliminierung von Atomwaffen sowohl für militärische als auch menschliche Sicherheit dringend erforderlich sei: „Atomwaffen sind ganz einfach nicht dazu geeignet, unsere Sicherheit zu erhöhen! Sie sind Waffen des Terrors; wir müssen definitiv sicher gehen, dass sie durch niemanden jemals wieder eingesetzt werden – weder durch Staaten noch durch Terroristen!“



„Die Blix-Kommission hat einen Weltgipfel mit Führungspersonen und Experten vorgeschlagen, um die nukleare Abrüstung zu fokussieren und koordinieren, Schwierigkeiten zu identifizieren und progressive Maßnahmen zu unterstützen. Außerdem würde der Gipfel einen Weg eröffnen, öffentliches Interesse und Engagement zu wecken.“

Das Thema Atomwaffen ist sehr komplex und die breite Öffentlichkeit sollte sowohl über die Gefahren, die diese Waffen darstellen, als auch über die Anstrengungen, die bereits von der Gesellschaft geleistet wurden, die Welt von diesen Waffen zu befreien, informiert werden.“

PNND Ko-Präsidentin Marian Hobbs in einer Rede vor den Vereinten Nationen.



„Kanada sollte das von den USA und anderen Atommächten stark verfochtene Sicherheitsnetzwerk ablehnen und seine militärischen Ressourcen dahingehend ausrichten, die zivile Sicherheit zu stärken. Die praktischen Schritte, die nun unternommen werden können, um eine atomwaffenfreie Welt zu erreichen, wurden bereits ausgesprochen. Was nun wirklich gebraucht wird, um diese Ideen zu verwirklichen, ist eine effektive Führung von Seiten meiner Regierung und den anderen atomwaffenfreien Staaten.“

PNND Ko-Präsidentin Alexa McDonough in einer Rede vor den Vereinten Nationen.

Nukleare Desinvestition

Hallgeir Langeland, Mitglied des norwegischen Parlaments; Keith Locke, Mitglied des neuseeländischen Parlaments

Zwischen 2004 und 2006 zog der Pensionsfonds der norwegischen Regierung hohe Dollarinvestitionen von Gesellschaften ab, die an unethisch handelnden Unternehmen beteiligt waren, wie Produzenten von Landminen, Streubomben und Atomwaffen. Dies hat auch andere Regierungen, wie die Neuseelands, dazu veranlasst, ähnliche Schritte zu setzen. Hallgeir Langeland, Keith Locke und Alyn Ware diskutieren nun die Frage, warum solche Initiativen wichtig sind, und wie sie dazu beitragen können, das nukleare Wettrüsten zu beenden.



Hallgeir Langeland MP



Keith Locke MP

Die USA beispielsweise investieren im Jahr 30 Mrd. US-Dollar in Kernwaffen und den technischen sowie infrastrukturellen Aufwand, der zu ihrer Inbetriebnahme nötig ist. Unternehmen wie Lockheed Martin, Northrop Grumman, General Dynamics, Boeing, Alliant Techsystems und Bechtel schlagen gigantische Profite aus Atomwaffenverträgen und betreiben intensives Lobbying um die Geldströme am Fließen zu erhalten. Lockheed Martin zum Beispiel gibt zwischen fünf und zehn Millionen US-Dollar für Lobbying im US-Kongress zur positiven Beeinflussung der Vergabe von Aufträgen aus. Mit einem derartig starken, gut finanzierten Lobbying-Apparat geht der Kongress natürlich eher zögerlich mit dem Ablehnen von Finanzierungsgeldern der US-Regierung für Atomwaffenprogramme um. Dasselbe trifft auch für französische und britische Unternehmen im Atom-Business zu, wenn auch in geringerem Ausmaße.

Um die Produktion von Kernwaffen zu reduzieren und schließlich anzuhalten, muss das Pro-Atom-Lobbying empfindlich eingeschränkt werden und so den Parlamenten bzw. Kongressen und Regierungen die Kürzung von Finanzierungsgeldern für Kernwaffenprogramme ermöglichen.

Da der Großteil von Investitionen in das Geschäft mit Atomwaffen von Unternehmen aus dem öffentlichen Sektor stammt, kann auch die Öffentlichkeit gegen

diese Konzerne wirksam aktiv werden. Eine Möglichkeit dies zu tun, ist ein Boykott durch die Konsumenten. In den 80ern führte INFAC einen äußerst erfolgreichen Boykott gegen General Electric an; einem Konzern, der damals als einer der wichtigsten Produzenten von Kernwaffen galt. General Electric konnte erfolgreich dazu gezwungen werden, seine mit Atomwaffen in Verbindung stehenden Unternehmen zu verkaufen.

„ParlamentarierInnen können ihre Regierungen und Regierungsfonds äußerst wirksam dazu anregen, aktiv zu werden und ähnliche Schritte wie Norwegen zu setzen – ob dies nun durch Petitionen, Briefe, Presseaussendungen, Fragen im Parlament oder andere Mittel geschieht.“

Boykotte durch Konsumenten können jedoch nur dann effektiv sein, wenn die betroffenen Konzerne hauptsächlich in der Produktion von Konsumgütern tätig sind. Und dies ist bei vielen der derzeit größten Atomwaffenproduzenten nicht der Fall. Lockheed Martin beispielsweise ist hauptsächlich im Verteidigungssektor tätig und zieht 80% seiner Einnahmen aus Regierungsaufträgen. Da also nur sehr wenig öffentlich verkauft wird, hätte ein Boykott durch die Gesellschaft keine Auswirkung auf den Konzern.

„Am Sprichwort „Wenn Geld spricht, hören die Konzerne zu“ ist durchaus etwas Wahres dran.“

Diese Unternehmen sind jedoch häufig Gegenstand von öffentlichen Investitionen. Ganz generell sind die Aktien von Atomwaffenfabrikanten sehr hoch bewertet. Durch die ständig steigenden Ausgaben für Verteidigung und verlängerte Lieferverträge seitens der Regierung sind Anlagen im Verteidigungssektor, ganz besonders in den USA, überaus profitabel. Durch diese Aktienhöhenflüge können die Konzerne ihre Macht natürlich noch weiter ausbauen. Sollte es jedoch dazu kommen, dass Investoren vermehrt auf Anlagen in ethisch vertretbaren Unternehmen setzen, könnten die Atom-Konzerne dazu ermutigt werden, sich weniger auf ihre Einnahmequelle Atomwaffen zu verlassen, sondern sich auch für andere Industriezweige zu interessieren – am Sprichwort „Wenn Geld spricht, hören die Konzerne zu“ ist eben durchaus etwas Wahres dran.

In diesem Zusammenhang gibt es jedoch auch positive Entwicklungen zu vermelden: Die Verabschiedung der UN-Prinzipien für verantwortungsvolle Investitionen (United Nations Principles for Responsible Investment – UNPRI), die soziale und ökologische Kriterien für Investitionen nennen und des UN-Global Compact (Globaler Pakt der Vereinten Nationen), der besonders auf Menschenrechte, Arbeit und Umweltprinzipien abzielt.

Der norwegische Pensionsfonds unternahm 2003 aufgrund erhöhten Drucks durch ParlamentarierInnen, Medien und Nichtregierungsorganisationen Schritte zur Durchsetzung des UNPRI, des UN-Global Compact und der OECD Richtlinien für Corporate Governance und multinationalen Unternehmen bezüglich seines Investment-Portfolios. Der Fonds, der auch der größte Europas ist, stellte 2004 ethische Richtlinien für seine Investitionen auf und richtete einen Ethikrat ein, der eine beratende Funktion bei der Durchsetzung dieser Richtlinien innehat.

Dieser Ethikrat tagte 2005 und veröffentlichte eine Empfehlung in Bezug auf die Atomwaffenproduktion.

Demzufolge schloss der Pensionsfonds die folgenden Unternehmen aufgrund ihrer Nähe zu Atomwaffenproduzenten aus seinem Investment-Portfolio aus und verlegte seine dort angelegten Gelder in andere Konzerne.

- BAE Systems Plc, Boeing Co.
- EADS Co.
- EADS Finance B.V.
- Finmeccanica Sp.A.
- Honeywell International Corp.
- Northrop Grumman Corp.
- Safran S.A.
- United Technologies Corp.

Andere Unternehmen, die in Zusammenhang mit der Produktion von Kernwaffen stehen, wie Lockheed Martin, General Dynamics und Alliant Techsystems, waren schon zuvor von Investitionen ausgeschlossen, da sie mit der Fabrikation von Landminen und Streubomben in Verbindung gebracht werden.

Das Beispiel Norwegen hat viele andere Regierungen dazu veranlasst, ihre Investment-Portfolios neu zu überarbeiten und zu überprüfen, ob sie mit den UNPRI und dem UN Global Compact konform sind.

In Neuseeland beispielsweise wandte sich eine Koalition aus Mitgliedern des Parlaments und NGOs an die staatliche Pensionskasse und ersuchte sie, es dem Beispiel Norwegen gleich zu tun und ihre Anlagen aus diesen unethischen Unternehmen zu verlagern. Der Fonds reagierte darauf mit einem Abzug seiner Gelder von Konzernen, die Landminen produzieren und Walfleisch vertreiben – beides Industriezweige, die in Neuseeland verboten sind. Bis jetzt hat sich der Fonds jedoch geweigert, seine Anlagen aus anderen unethischen Gesellschaften zu verlegen; wie auch die, die in die Menschenrechtsverletzungen in Burma und in die Fabrikation von mit Atomwaffen zusammenhängenden Produkten verwickelt sind.

UN Global Compact

Menschenrechte

- Prinzip 1: Unternehmen sollen die international *verkündeten Menschenrechte respektieren und ihre Einhaltung innerhalb ihrer Einflussosphäre fördern.*
- Prinzip 2: Sie sollen sicherstellen, dass sie nicht bei *Menschenrechtsverletzungen mitwirken.*

Arbeitsstandards

- Prinzip 3: Sie sollen das Recht ihrer Beschäftigten, *sich gewerkschaftlich zu betätigen, respektieren sowie deren Recht auf Kollektivverhandlungen effektiv anerkennen.*
- Prinzip 4: Sie sollen alle Formen von Zwangsarbeit *bzw. erzwungener Arbeit ausschließen.*
- Prinzip 5: Sie sollen an der Abschaffung von *Kinderarbeit mitwirken.*
- Prinzip 6: Sie sollen jede Diskriminierung in Bezug *auf Beschäftigung und Beruf ausschließen.*

Umgebung

- Prinzip 7: Sie sollen eine vorsorgende Haltung *gegenüber Umweltgefährdungen einnehmen.*
- Prinzip 8: Sie sollen Initiativen zur Förderung *größerer Umweltbewusstseins ergreifen.*
- Prinzip 9: Sie sollen die Entwicklung und die *Verbreitung umweltfreundlicher Technologien ermutigen.*

Anti-Korruption

- Prinzip 10: Sie sollen gegen alle Arten der *Korruption eintreten, einschließlich Erpressung und Bestechung.*

www.unglobalcompact.org

Der Rückzug aus unethischen Konzernen – das norwegische Experiment

„Im ersten Jahr seiner Tätigkeit (2005) konzentrierte sich der Rat darauf, diejenigen Konzerne zu identifizieren, deren produzierte Waffen nicht den erstellten Richtlinien entsprachen. Neben den durch internationales Recht verbotenen Waffen fallen darunter auch Atomwaffen und Streubomben. 2006 haben wir ein besonderes Augenmerk auch auf die Einhaltung von Menschenrechten und Arbeitsrechten, sowie auf Umweltthemen gelegt.“

Die ersten Empfehlungen in einer Sache stellen einen Präzedenzfall dar, der zeigt, wie in Zukunft in einer ähnlichen Sache vorgegangen werden wird. Wir achten sorgfältig darauf, dass unsere Empfehlungen vollständig, gut dokumentiert und von hoher Qualität sind, da wir davon ausgehen, dass dies einen starken Einfluss auf die Langzeitwirkung der Ethischen Richtlinien des Norwegischen Staatlichen Pensionsfonds – Ausland hat. Einige der Empfehlungen des Ethikrates haben sehr viel Aufmerksamkeit auf sich gezogen.

Wir sind überzeugt, dass die umfangreiche Dokumentation und tiefgehende Diskussionen, die unseren Empfehlungen vorangegangen sind, als Entscheidungshilfe für andere Fonds mit ähnlichen ethischen Kriterien nützlich ist.“

Norwegischer Ethikrat, Jahresbericht 2006

Der Unwillen der neuseeländischen Pensionskasse, seine Anlagen aus Atomwaffenkonzernen zurückzuziehen, ist eher verwunderlich. Denn neuseeländisches Recht verbietet jeder Person – ob natürlich oder juristisch – die Förderung, Beihilfe oder Vermittlung anderer Personen, in Neuseeland Atomwaffen zu produzieren, kaufen, besitzen oder unter ihrer Kontrolle zu haben. RegierungsvertreterInnen ist die Förderung, Beihilfe oder Vermittlung anderer Personen, Atomwaffen zu produzieren, kaufen, besitzen oder unter ihrer Kontrolle zu haben überall auf der Welt verboten. Die neuseeländische Organisation von Juristen (Aotearoa Lawyers for Peace) bezeichnet die Investitionen des Pensionsfonds in Kernwaffenunternehmen daher als ungesetzlich. Am 20. Jahrestag der nuklearfreien Gesetzgebung in Neuseeland präsentierte die Grüne Partei dem Parlament eine Petition zur Beendigung der Investitionen in Atomwaffenkonzerne.

In Norwegen versucht die Regierung zurzeit, ihre NATO-Partner ebenfalls dazu zu bewegen, sich für das Verbot und die Abschaffung von Atomwaffen und anderen Massenvernichtungswaffen einzusetzen. In der Soria Moria Erklärung vom 13. Oktober 2005 forderte die Regierung die NATO dazu auf, die Nukleardoktrin zu überarbeiten und das Ziel einer Eliminierung von Atomwaffen anzuvisieren. Außerdem solle die NATO die Pläne für ein europäisches Raketenabwehrsystem zurückstellen und sich verstärkt gegen die Verbreitung von Kleinwaffen einsetzen. In der Erklärung wird besonders betont, wie wichtig es für die Staaten ist, sich mehr auf Sicherheitszusammenarbeit und die Vereinten Nationen zu verlassen, als auf veraltete, bedrohliche Kernwaffen-Koalitionen.

ParlamentarierInnen können ihre Regierungen und Regierungsfonds äußerst wirksam dazu anregen, aktiv zu werden und ähnliche Aktionen, wie die in Norwegen zu setzen – ob dies nun durch Petitionen, For

MEHR INFORMATIONEN UNTER:

Briefe, Presseaussendungen, Fragen im Parlament oder andere Mittel geschieht.

Mehr Informationen unter:

Norwegian Advisory Council on Ethics www.etikkradet.no

Betting the Bank on the Bomb. www.greens.org.nz/searchdocs/other10538.html

Corporate Connection: Corporations involved in nuclear weapons manufacture

www.reachingcriticalwill.org/corporate/corporateindex.html

ParlamentarierInnen und eine Nuklearwaffenkonvention

Abgeordnete Marian Hobbs, PNND Co-Präsidentin, ehem. neuseeländische Ministerin für Abrüstung

Abgeordnete Alexa McDonough, PNND Co-Präsidentin, ehem. Parteichefin der kanadischen New Democratic Party

Alyn Ware, Co-Verfasser des Modellentwurfs für eine Nuklearwaffenkonvention

KONVENTION :

1. *allgemeingültige
Verhaltensnormen und
Umgangsformen*

2. *zwischenstaatliche Abkommen*
*Concise Oxford Dictionary
10th Edition*

Die internationale Gemeinschaft hat Abkommen zum Verbot von chemischen und biologischen Waffen geschlossen und verbietet so nicht-staatlichen Akteuren den Erwerb, Besitz oder Gebrauch von Atomwaffen: Die Bio- bzw. Chemiewaffen-Konvention und die Konvention zur Bekämpfung von Nuklearterrorismus. Der Gebrauch des Begriffs "Konvention" signalisiert, dass es sich bei den Verträgen um mehr als nur Abkommen handelt; sie sind die Kodifizierung einer internationalen Norm: Sie stellen einen Anhaltspunkt dafür dar, welches Verhalten international akzeptiert werden kann und welches nicht und sieht darüber hinaus Mechanismen vor, durch die die tatsächliche Durchsetzung dieser Normen gewährleistet sein kann; besonders auch im Hinblick auf Massenvernichtungswaffen.

Schwieriger zu regeln ist jedoch die Frage, wie man mit dem Besitz, den Drohungen

NobelpreisträgerInnen und die Abschaffung von Atomwaffen:

„Das Scheitern, der atomaren Bedrohung direkt entgegenzutreten und bereits existierende Vertragsklauseln zu festigen, zerfetzt das Gewebe der kooperativen Sicherheit. Eine Welt mit Atomwaffen und Staaten ohne Kernwaffen ist geteilt und instabil, ein Faktum, das noch von der Gefahr, die von der atomaren Verbreitung ausgeht, unterstrichen wird. In solch einem Umfeld kann es keine funktionierende Zusammenarbeit geben. Somit sind die Staaten nicht dazu im Stande, der Gefahr die von Armut, Umweltzerstörung und atomaren Katastrophen ausgeht wirksam zu begegnen.“

Rom-Deklaration der
NobelpreisträgerInnen,
19. November 2006



Die Abgeordnete Alexa McDonough und Nancy Covington bei der Präsentation des Buches 'Securing our Survival' und der Eröffnung der Internationalen Kampagne für die Abschaffung von Atomwaffen

oder dem Einsatz von Nuklearwaffen durch Staaten umgeht.

Terrorismus wurde definiert als die Androhung oder die tatsächliche Anwendung von Gewalt gegen Zivilisten. Ist die ständige Androhung und der mögliche Einsatz von Nuklearwaffen durch einen Staat als weniger schlimm einzuordnen als ein Terrorakt, der von nicht-staatlichen Akteuren ausgeht?

Der Internationale Gerichtshof (ICJ) hat 1996 den Gebrauch von Atomwaffen oder auch die bloße Androhung davon durch staatliche sowie nicht-staatliche Akteure für illegal erklärt und rief zur Abschaffung von Atomwaffen auf. Die UN-Generalversammlung, die das Thema Nuklearwaffen beim Internationalen Gerichtshof eingebracht hatte, forderte die Durchsetzung dieser Ziele mittels Verhandlungen, die ohne Umwege zu einer Nuklearwaffenkonvention führen sollten. 12 Jahre danach drohen die Atommächte nach wie vor mit dem Einsatz ihrer Atomwaffen und weigern sich, solche Gespräche zu beginnen.

Es sind aber nicht nur die Atommächte, die uns Sorgen bereiten. Das wichtige an einer Norm – also einer Konvention – ist, dass sie universal anwendbar ist. Wenn sie also stark ist, ist sie stark für alle. Wenn sie zu schwach ist, ist sie zu schwach für alle. Dadurch, dass die Atommächte die Norm nicht anerkennen wird der Weg zur nuklearen Verbreitung immer weiter geebnet. So hat sich schließlich Indien darum zur Produktion von Atomwaffen entschlossen, weil man den existierenden Atomwaffen entgegenzutreten wollte. Auf Indien folgte Pakistan; Nordkorea begründete sein Programm damit, dass sich der Staat vor einem möglichen atomaren Angriff seitens der USA schützen wollte. Der

Iran könnte es diesen Staaten nun gleich tun. Eine Nuklearwaffenkonvention könnte jedoch eine Anti-Atom-Norm wirksam unterstützen und könnte Mechanismen vorsehen, die der nuklearen Verbreitung entgegenwirken und zur atomaren Abrüstung beitragen können.

Aus diesen Gründen findet die Abschaffung von Atomwaffen mittels einer Nuklearwaffenkonvention immer mehr Unterstützung seitens unterschiedlichster Parteien. Die angesehene Kommission zu

*„Ein Vertrag zur nuklearen
Abrüstung ist realistisch und
kann durch sorgfältig gesetzte,
vernünftige und praktische
Maßnahmen erreicht werden.
Es sollen Richtwerte und
Definitionen festgelegt, Zeitpläne
erstellt und beschlossen und
Transparenzkriterien vereinbart
werden.“*

Kommission zu
Massenvernichtungswaffen,
Abschließender Bericht 2006

Massenvernichtungswaffen sprach sich dafür aus, dass die Staaten „akzeptieren sollen, dass Atomwaffen für illegal erklärt werden, wie das auch biologische und chemische Waffen sind, und innerhalb einer akzeptablen Zeitspanne politische, rechtliche, technische und verfahrensorientierte Strategien entwickeln sollen, die dieses Ziel anstreben.“



ParlamentarierInnen und eine Nuklearwaffenkonvention

„Während überall in der Welt der Forderungen nach Fortschritten im weltweiten Abrüstungsprozess laut werden, bietet diese aktuelle Studie (Securing Our Survival: The Case for a Nuclear Weapons Convention) eine aktualisierte Modell-Konvention, mit deren Hilfe dieses historische Ziel erreicht werden soll. ParlamentarierInnen spielen eine essentielle Rolle im Bewerben und Befürworten dieses Ziels. Sie können durch gemeinsame überparteiliche Maßnahmen in Abrüstungsfragen die Unterstützung ihrer WählerInnen gewinnen und letztlich den Ratifizierungsprozess der Konvention mitgestalten. Die, die am Ende einen Nutzen aus nuklearer Abrüstung ziehen, sind das Volk, und es ist Pflicht der ParlamentarierInnen als deren RepräsentantInnen, sich dafür einzusetzen.“

Botschafter Sergio Duarte, Hoher Beauftragter für Abrüstungsfragen der UN

Im Januar 2007 haben sich die beiden ehemaligen konservativen US-amerikanischen Staatssekretäre George Schultz (Staatssekretär unter Ronald Reagan) und Henry Kissinger (unter Richard Nixon) den Demokraten William Penn (Sekretär für Verteidigung unter Bill Clinton) und Sam Nunn (ehemaliger Vorsitzender des Armed Service Committee im Senat) angeschlossen und verfassten einen Gastkommentar im Wall Street Journal, in dem sie das Ende der nuklearen Abschreckungspolitik forderten, um eine atomwaffenfreie Welt zu schaffen.

Noch aktueller sind die Versprechen der demokratischen Präsidentschaftskandidaten Barack Obama und John Edwards, sich für die Abschaffung von Kernwaffen einzusetzen, wenn sie bei den bevorstehenden Wahlen als Sieger hervorgehen würden.

Aktuell bleibt jedoch die Frage, ob die Etablierung einer Nuklearwaffenkonvention tatsächlich realistisch oder eine bloße Utopie ist. Um diese Frage zu erörtern, organisierte das Lawyers' Committee on Nuclear Policy 1997 ein Event, bei dem JuristInnen, WissenschaftlerInnen, DiplomatinInnen und AbrüstungsexpertInnen zusammentrafen um an einem Modellentwurf für eine Nuklearwaffenkonvention zu arbeiten, in der rechtliche, technische und politische Aspekte einbezogen sind, die für die Schaffung einer nuklearfreien Welt nötig wären. Neun Monate später wurde das

Ergebnis von den UN als UN Doc A/C.1/52/7 in Umlauf gebracht. Eine aktualisierte Modell-NWC wurde 2007 der Konferenz der Vertragsstaaten des Nichtverbreitungsvertrags und der 62. UN-Generalversammlung (UN Doc A/62/650) vorgelegt und im Buch Securing Our Survival: The Case for a Nuclear Weapons Convention (deut.: Unser Überleben sichern: Ein Plädoyer für eine Nuklearwaffenkonvention) veröffentlicht.

Das Buch Securing Our Survival legt ganz klar dar, was eine Nuklearwaffenkonvention ist, was getan werden müsste, um sie zu erreichen, warum sie notwendig ist, wer darin einbezogen werden müsste und wann wir mit ihrer Durchsetzung rechnen können.

PNND hat die Buchpräsentationen beispielsweise in Australien, Neuseeland und Kanada auch finanziell gefördert und konnte die Unterstützung führender PolitikerInnen aus den unterschiedlichsten Parteien gewinnen, wie etwa die ehemaligen Premierminister Malcolm Fraser (Australien) und Jim Bolger (Neuseeland), NobelpreisträgerInnen wie Mairead Maguire; des Hohen Beauftragten für Abrüstungsfragen der UN Sergio Duarte; hohe militärische Führungskräfte wie Romeo Dallaire, den ehemaligen Kommandant der UN-Truppen in Ruanda; und ParlamentarierInnen und

andere führende PolitikerInnen wie Bürgermeister Akiba von Hiroshima.

Auch in Zukunft wird es Möglichkeiten geben, die Nuklearwaffenkonvention zu bewerben, wie zum Beispiel auf der Konferenz der Vertragsstaaten des Nichtverbreitungsvertrags 2008 im Mai, bei der auf Basis des NWC working paper und der Modell-NWC, die 2007 vorgelegt wurden, gearbeitet wird. Außerdem wird es auf der 63. UN-Generalversammlung im Oktober eine Abstimmung über den Beginn der Verhandlungen über eine Nuklearwaffenkonvention geben. ParlamentarierInnen sollten überall in der Welt ihre Regierungen dazu auffordern, diese beiden Initiativen zu unterstützen.

Für weitere Informationen siehe PNND-Updates 18 und 19 unter www.pnnd.org



Marian Hobbs präsentiert im neuseeländischen Parlament *Securing Our Survival*

ParlamentarierInnen feiern 20 Jahre nuklearfreies Neuseeland

Nick Smith, Vorsitzender von PNND Neuseeland. Kaspar Beech, PNND Assistant Coordinator

Am 12. Juni 2007 feierte PNND den 20. Jahrestag der neuseeländischen nuklearfreien Zone und des Abrüstungs- und Rüstungsbeschränkungsgesetzes von 1987. So organisierte die neuseeländische PNND-Sektion einen Fototermin auf den Stufen des Parlaments, gefolgt von einer Parlamentsdebatte, die von Phil Goff, Minister für Verteidigung, Abrüstung und Rüstungskontrolle, geleitet wurde. Das Parlament nahm die von der Regierung eingebrachte Resolution einstimmig an.

Die Parlamentarier hatten zuvor T-Shirts und Anstecker mit Slogans zur Nuklearfreiheit von PNND-Mitglied Tim Barnett erworben und trugen diese den ganzen Tag über. In seiner Rede auf den Stufen des Parlaments noch vor der Debatte betonte Minister Goff, dass man über die Arbeit zur Nichtverbreitung hinausgehen müsse, um dem Ziel der nuklearen Abrüstung näher zu kommen.

Die von Minister Goff vorgelegte Resolution forderte „die eindeutige Zusage der Atomwaffenstaaten (...) Schritte zur vollkommenen Abschaffung von Atomwaffen zu setzen.“

In der einstimmig verabschiedeten Resolution wurde auch „die Expansion und Stärkung der atomwaffenfreien Zonen, des Projekts einer atomwaffenfreien südlichen Hemisphäre und der Inkraftsetzung eines Vertrags zur Liefersperre von spaltbaren Materialien“ gefordert. Schließlich forderte die Resolution auch „die universelle Anwendung von Maßnahmen und Mitteln, die zur Nichtverbreitung beitragen, wie die Internationale Konvention zur Unterdrückung von Nuklearterrorismus und Resolution 1540 des UN-Sicherheitsrates.“

In seiner Eröffnungsrede vor dem Parlament erinnerte Minister Goff daran, dass Neuseeland schon 1949, also von Anfang an, klar gegen Atomwaffen Position bezogen hatte. Der damals amtierende Premier Walter Nash stellte sich klar gegen die Partner im Pazifikpakt (ANZUS – ein Militärabkommen zwischen Neuseeland, Australien und den USA) und setzte sich für ein internationales Abkommen zum Atomteststopp ein.

Minister Goff erinnerte an die Worte von Premierminister David Lange bei der Einführung des Gesetzes 1987, das er als „fundamentale Aufwertung dessen, was unsere Sicherheit ausmacht“ bezeichnete. Lange vertrat die Auffassung, dass Atomwaffen nicht zur Sicherheit Neuseelands beitragen, sondern, ganz im Gegenteil, sich schädlich auf sie auswirken würden.

Außerdem wünschte sich der Minister, dass Neuseeland auch weiterhin eine starke Stimme im Kampf für nukleare Abrüstung und gegen Weitergabe bleiben würde und merkte an, dass noch immer 27 000 Atomwaffen existierten, von denen jede „zwischen sechs und vierzig Mal die Sprengkraft einer der Bomben hätte, die 1945 Nagasaki und Hiroshima zerstörten.“

Darüberhinaus sagte Minister Goff in seiner Rede: „Durch unsere Gesetzgebung äußert sich nicht nur unsere Gegenposition zu Massenvernichtungswaffen. Durch sie zeigen wir auch, dass wir unsere Werte verteidigen können, auch ohne auf stärkere Freunde und Verbündete angewiesen zu sein.“

Die größte Oppositionspartei unterstützte den Antrag und äußerte sich positiv zur international unabhängigen Position Neuseelands und zur Atomgesetzgebung. Murray McCully, Referent für Außenpolitik der Opposition, lobte in seiner Rede die bisher erzielten Erfolge bezüglich nuklearer Abrüstung und warnte vor dem „veränderten Gesicht“ der nuklearen Bedrohung von den Konfrontationen des Kalten Krieges hin zur heutigen Politik der horizontalen Weitergabe von Atomwaffen zwischen instabilen Staaten.

McCully erwähnte auch den Preis, den Neuseeland für seine Gesetzgebung bezahle: Neuseeland habe sich aus dem Militärbündnis der ANZUS (Australia New Zealand United States) zurückziehen müssen, müsse auf entscheidenden Informationsaustausch in Bezug auf Verteidigung sowie auf Militärübungen verzichten und von einem Freihandelsabkommen mit den USA Abstand nehmen.

PNND-Sekretär Keith Locke merkte an, dass Neuseeland mit dieser Gesetzgebung und seinem Anlegeverbot für mit Atomwaffen beladene Schiffe in neuseeländischen Häfen ein Beispiel an moralischer Stärke für die ganze Welt gegeben habe. Locke lobte die Arbeit, die Neuseeland mit seinen Partnern in der New Agenda Coalition (eine Organisation von Mittelmächten, die sich für nukleare Abrüstung einsetzt) leistete und forderte Neuseeland dazu auf, dieses Jahr die Nuklearwaffenkonvention vor den UN zu verteidigen. Neuseeland solle sich wieder, wie im Jahre 1987, wie „die Maus, die brüllte“ verhalten.

Weitere Redner, wie PNND-Mitglied Jeannette Fitzsimons nutzten die Gelegenheit, all denjenigen Neuseeländern zu danken, die dazu beigetragen hatten, die Gesetzgebung Wirklichkeit werden zu lassen und erinnerte das Parlament daran, dass dieses Gesetz Neuseeland auch frei von Atomkraftwerken, atomar angetriebenen Schiffen sowie von atomar bewaffneten Flugzeugen gemacht hat.

PNND-Mitglied Hone Harawira betonte die herausragende Rolle, die Maoris in der Kampagne gespielt hätten und lobte Organisationen wie Greenpeace sowie ParlamentarierInnen, die sich gegen den Willen ihrer Partei im Kampf gegen Atomwaffen stark machten.



Premierministerin Helen Clark beging den 20. Jahrestag gemeinsam mit den PNND-Mitgliedern Umweltminister Trevor Mallard, Parlamentssprecherin Margaret Wilson und Vize-Premier Michael Cullen (v. l. n. r.).

Peter Dunne vom Gesundheitsministerium forderte eine aktivere Vorgehensweise: „Ja, es ist schön in Nostalgie zu schwelgen (...) aber jetzt liegt es an uns, darüber nachzudenken, was wir tatsächlich gegen die Staaten unternehmen werden, die noch immer Teil des Nuklearclubs sind.“ Minister Dunne forderte Neuseeland dazu auf, seinen passiven Habitus aufzugeben, wörtlich: „diese Neuseeland-Krankheit nicht zu exportieren“ und betonte: „Wir sollten aktiver daran arbeiten, andere Länder zur Verantwortung zu ziehen für den Erwerb, die Instandhaltung und Aufrüstung ihrer Arsenale.“

PNND-Mitglied und Obmann der Progressive Party Jim Anderton fügte hinzu, dass Neuseeland, wie 1987, wieder einen Denkanstoß für andere Nationen liefern solle und bezeichnete dies als „den wichtigsten Beitrag, den Neuseeland zu einer friedlicheren Welt leisten könnte.“

Am Ende der Debatte legte Keith Locke dem Parlament die Muster-Nuklearwaffenkonvention und den im Wall Street Journal erschienenen Artikel „Eine nuklearwaffenfreie Welt“ von George Shultz, William Perry, Henry Kissinger und Sam Nunn vor.



Neuseeländische ParlamentarierInnen aller Parteien feiern den 20. Jahrestag der Nuklearfreiheit

Letzte Schritte zu einer Afrikanischen nuklearwaffenfreien Zone

Dr. Raphael Chegeni, Mitglied des PNND-Beirates, Stellvertretender Generalsekretär des Amani Forum.

Kaspar Beech PNND Assistant Global Coordinator



Dr. Raphael Chegeni MP

Die Mitglieder des PNND-Beirates Raphael Chegeni (Tansania) und David Coltart (Simbabwe) wandten sich gemeinsam mit der PNND-Sektion Neuseeland in einem Schreiben an jene Regierungen Afrikas, die den Vertrag für eine Afrikanische nuklearwaffenfreie Zone (Pelindaba) noch nicht ratifiziert hatten und forderten sie darin auf, dies zu tun.

Der Pelindaba-Vertrag lag seit 1996 zur Unterschrift bereit und wurde von 51 der 53 afrikanischen Staaten unterzeichnet. Bis heute haben jedoch nur 23 dieser Staaten den Vertrag ratifiziert. Für das Inkrafttreten des Vertrags sind 28 Ratifizierungen notwendig; ab diesem Zeitpunkt ist das Abkommen wirksam und ein Zusammenschluss mit anderen Zonen (Pazifik, Südostasien, Antarktis und Südamerika und die Karibik) wird möglich, um eine nuklearwaffenfreie Zone (NWFZ) der Südlichen Hemisphäre und der Angrenzenden Gebiete (Southern Hemisphere and Adjacent Areas Nuclear Weapons Free Zone) zu bilden.

Die in Afrika verbreitete Beunruhigung bezüglich Kernwaffen ist auf die Spannungen des Kalten Krieges, die atmosphärischen Atomtests der Atommächte (wie die Frankreichs in Algerien) und auf das südafrikanische Kernwaffenprogramm unter dem Apartheid-Regime zurückzuführen. Erst nach dem Ende des Kalten Krieges sowie des Apartheid-Regimes in Südafrika konnte der Weg zu einem Vertrag geebnet werden. Ein starker Beschleuniger dieses Prozesses war die Schließung des Atomkraftwerks Pelindaba (welches dem Vertrag auch den Namen gegeben hat), die Zerstörung der technischen Anlagen und Einrichtungen für Atomwaffen durch die südafrikanische Post-Apartheid Regierung und schließlich der südafrikanische Beitritt zu einer Initiative für eine afrikanische NWFZ.

Auf das Schreiben von PNND hin antworteten viele Staaten, sie hätten das Abkommen erst kürzlich ratifiziert oder seien gerade im Begriff dies zu tun. Einige

Parlamentarier zeigten sich interessiert und schlossen sich PNND als Neumitglieder an.

Für viele Staaten hat das Thema jedoch an Aktualität verloren, da Entwicklungsprobleme oftmals im Vordergrund stehen, ein Atomtestverbot ohnehin erfolgreich eingeführt werden konnte und das südafrikanische bzw. libysche Kernwaffenprogramm bereits eingestellt wurden – das Thema Atomwaffen ist also vielerorts von den Tagesordnungen verschwunden.

Nun kommen in Afrika jedoch neue atomare Bedrohungen hinzu: Stromengpässe haben das Interesse an der Erschließung von Kernenergie geweckt und durch die steigende Preise für Uran Uranabbau und Urangewinnung stark zunehmen lassen. Dieses Phänomen birgt Risiken der Verbreitung und möglicher terroristischer Angriffe auf atomare Anlagen in sich.

Bis zu seinem Inkrafttreten ist der Vertrag weder bindend noch rechtlich durchsetzbar. Das schließt auch die Protokolle mit ein, in welchen sich die Atommächte dazu verpflichten, Atomwaffen in der Region weder zu lagern, als Drohmittel einzusetzen noch tatsächlich zu benutzen. So bleibt die Gefahr bestehen, die von der Verbreitung und einer möglichen Bedrohung durch Spannungen in der Nuklearbranche ausgeht. Ein Inkrafttreten des Vertrags würde es auch der African Commission on Nuclear Energy ermöglichen, sich zu etablieren und so ein Forum für die Beschleunigung der regionalen Zusammenarbeit an Maßnahmen zur Sicherung von spaltbaren Materialien darzustellen und Proliferation zu verhindern. Die Ratifizierung des Abkommens ist also weiterhin zwingend erforderlich.

Von Simbabwe aus bereiste PNND Assistant Global Coordinator Kaspar Beech mit der Unterstützung der PNND-Beiratsmitglieder David Coltart (Simbabwe) und Raphael Chegeni (Tansania) fünf Hauptstädte des afrikanischen Südens, wo er führende Parlamentarier, Minister, Funktionäre und Repräsentanten der Zivilgesellschaft traf, um das Thema ins Gespräch zu bringen. Dies führte zur Zusage der Länder Angola, Burundi, Malawi, Mosambik, Namibia und Sambia, den Pelindaba Vertrag dieses Jahr zu ratifizieren.

Um an diesen Prozess anzuknüpfen, ermutigen wir alle PNND-Mitglieder dazu, das Thema bei ihren afrikanischen AmtskollegInnen in Erinnerung zu rufen. Dabei sind keine finanziellen Verpflichtungen oder diplomatischen Mittel gefordert; es geht ausschließlich darum, die afrikanischen Gesetzgeber an das Thema zu erinnern und es so auf die Tagesordnungen zu bringen.

Ein ratifizierter Vertrag wird Afrika zu einem sichereren Kontinent machen und es gegenüber den Bedrohungen, die von der nuklearen Proliferation ausgehen, stärken. Die Bedeutung und Notwendigkeit nuklearwaffenfreier Zonen wird dadurch augenfällig; ganz besonders in den benachbarten Regionen des Mittleren Ostens oder Europas. Eine Afrikanische nuklearwaffenfreie Zone stellt einen Meilenstein auf dem Weg in Richtung einer nuklearwaffenfreien Welt dar.

Update 26. März 2006: PNND Mitglied

Eduardo Namburete erreicht die Ratifizierung des Pelindaba-Vertrags durch das mosambikanische Parlament.



Eduardo Namburete, Schattenaußenminister der Opposition, mit Kaspar Beech, Assistant Global Coordinator von PNND, in Maputo, Mosambik.

Eine nuklearwaffenfreie Zone im Nahen Osten - erste Schritte



Dov Khenin, Mitglied der israelischen Knesset und des PNND-Beirats

(zusammen mit Alyn Ware, PNND Global Coordinator)

Der Nahe Osten ist eine unruhige und stark polarisierte Region, in der Gewalt und deren Androhung, historische und gegenwärtige Ungerechtigkeiten sowie Konflikte und Furcht zu einem Gefühl der Unsicherheit beitragen. Dieser Hintergrund hat die Entwicklung von Massenvernichtungswaffen in der Region – atomare, chemische und biologische – begünstigt. In der Theorie sollen diese Waffen Kriege durch Abschreckung verhindern, in Wahrheit vergrößert sich durch sie jedoch das Gefühl der Unsicherheit derer, die durch diese Waffen bedroht werden.

Bleibt die Idee einer nuklearwaffenfreien Zone in einem solchen Umfeld ein Wunschtraum oder gibt es eine realistische Möglichkeit zu ihrer Verwirklichung?

Das Ziel einer nuklearwaffenfreien Zone im Nahen Osten, beziehungsweise einer massenvernichtungswaffenfreien Zone, wurde wiederholt von allen beteiligten Staaten und der internationalen Gemeinschaft auf höchster politischer Ebene bekräftigt.

So hat zum Beispiel die UN-Generalversammlung seit 1974 wiederholt Resolutionen verabschiedet, die die Einrichtung einer NWFZ im Nahen Osten unterstützen. Diese

Resolutionen wurden von allen Staaten der Region unterstützt, einschließlich Staaten, die in der Vergangenheit eigene Atomwaffenprogramme hatten (Libyen und Irak), Staaten, die möglicherweise selbst Atomwaffen anstreben sowie von Israel, von dem angenommen wird, daß es bereits Atomwaffen entwickelt hat.

1990 schlug der ägyptische Präsident Mubarak die Einrichtung einer massenvernichtungswaffenfreien Zone im Nahen Osten vor. Der UN-Sicherheitsrat verabschiedete 1991 eine Resolution zur Unterstützung der Idee einer NWFZ und einer massenvernichtungswaffenfreien Zone. Zudem verabschiedeten die Vertragsstaaten des Atomwaffensperrvertrages 1995 eine Resolution, die die Idee einer massenvernichtungswaffenfreien Zone im Nahen Osten unterstützt.

Trotz dieser Rhetorik bleibt der Nahe Osten die Region, in der die wenigsten Staaten einem der Verträge zum Umgang mit Massenvernichtungswaffen beigetreten sind: der Biowaffenkonvention, der Chemiewaffenkonvention und dem Atomwaffensperrvertrag. Tatsächlich unterhalten die meisten Länder der Region Forschungs- oder Waffenentwicklungsprogramme, die in Zusammenhang mit Massenvernichtungswaffen stehen.

Bis vor kurzem haben die politischen Spannungen und die stark gegensätzlichen Ansichten in der Region jeden Fortschritt verhindert. So unterstützt beispielsweise Israel die Idee einer NWFZ, macht jedoch deutlich, daß ein Fortschritt in dieser Frage nur erzielt werden kann, nachdem Frieden und eine Normalisierung der zwischenstaatlichen Beziehungen erreicht worden sind. Viele arabische Staaten wiederum fühlen sich durch Israels Atomwaffen bedroht und bestehen darauf, daß Frieden und eine Normalisierung der Beziehungen erst erreicht werden können, wenn diese Bedrohung neutralisiert ist.

Ein ursprünglicher Versuch der Arabischen Liga in den frühen neunziger Jahren, einen entsprechenden Vertragsabschluß im Rahmen des Madrid-Prozesses – eine Reihe von Konsultationen zwischen Nahoststaaten über Sicherheitsthemen – voranzutreiben, verlief an Schwung, als der Madrid-Prozeß abgebrochen wurde.

Die jüngsten Ereignisse lassen jedoch ein erneutes Interesse erkennen, in dieser Sache Fortschritte zu erzielen. Teilweise beruht dies auf der von Israel und den arabischen Staaten gleichermaßen geteilten Sorgen hinsichtlich des iranischen Atomprogramms und dem Bemühen, einen atomwaffenfähigen Iran zu verhindern. Eine weitere Rolle spielen zunehmende Sorgen über den atomaren



Kernreaktor Dimona.

IST ISRAEL BEREIT, EINE NWFZ IM NAHEN OSTEN IN BETRACHT ZU ZIEHEN?

„Dies ist das erste Mal, daß Israel, auf der Ebene des Premiers, die Bereitschaft zeigt, die Errichtung einer nuklearwaffenfreien Zone im Nahen Osten in Betracht zu ziehen.“

Mohamed El Baradei, IAEA Generalsekretär, 27. Juli 2004

EINE NWFZ AM GOLF IST EINE VORSTUFE ZU EINER ZONE FÜR DEN GESAMTEN NAHEN OSTEN

„Ein Abkommen dieser Art könnte einem umfassenden Abkommen beitragen, das alle arabischen und nichtarabischen Länder des Nahen Ostens umfaßt.“

Abdul Rahman Al Attiya, Generalsekretär des Golf-Kooperationsrates (GCC), zum Vorschlag, im Golf eine massenvernichtungswaffenfreie Zone einzurichten.

Dezember 2005



Greenpeace macht in Israel aufmerksam auf die Notwendigkeit eines nuklearwaffenfreien Mittleren Ostens. Foto Greenpeace/Chen Leopold.

Schwarzmarkt und der unerwarteten Fortschritte, die Libyen bei seinem Atomwaffenprogramm gemacht hatte, bevor das Programm freiwillig eingestellt wurde.

EINIGE INDIKATOREN FÜR DAS ERNEUERTE INTERESSE SIND:

- Während des Besuchs von IAEA Generalsekretär Mohammed El Baradei in Israel 2004 schlug die israelische Regierung vor, ein Forum einzurichten, das untersuchen sollte, welche Erfahrungen andere Regionen bei der Einrichtung von NWFZ gemacht haben.
- Der Generalsekretär des Golf-Kooperationsrates (engl. Gulf Cooperation Council, GCC), Abdul Rahman Al Attiya, schlug im Dezember 2005 vor, daß der GCC eine massenvernichtungswaffenfreie Zone in seinem Mitgliedsbereich als Vorstufe zu einer Zone für den gesamten Nahen Osten einrichten sollte. Im Mai 2006 trafen sich im Rahmen des Gulf Research Centers Regierungsvertreter der Golfstaaten und Experten, um einen Vertragsentwurf für eine solche Zone vorzubereiten.
- Im Jahr 2006 habe ich einen Gesetzentwurf in das israelische Parlament, die Knesset, eingebracht, der die Schließung des israelischen Atomreaktors Dimona als vertrauensbildende Maßnahme und Schritt in Richtung einer NWFZ im Nahen Osten vorsah.
- Der ehemalige Leiter der Un-Waffeninspektoren im Irak (UNMOVIC), Hans Blix, fand mit seiner Forderung, Iran und Israel sollten ihre atomaren Brennstoffkreisläufe einstellen, ein beträchtliches Echo in der Medienlandschaft des Nahen Ostens (einschließlich Israels).

- Auch Greenpeace gelang es Anfang 2007 während des Besuchs ihres Flaggschiffes Rainbow Warrior, die Aufmerksamkeit der Medien auf ihren Vorschlag für einen nuklearfreien Nahen Osten zu lenken.

Abgeordnete in der Region können beim Voranbringen der Vorschläge für eine NWFZ und eine massenvernichtungswaffenfreie Zone eine wichtige Rolle spielen durch:

- Einbringen der Vorschläge zur Diskussion in den Parlamenten
- Unterstützung regionaler Kontrollen der Entwicklung von Anlagen für den atomaren Brennstoffkreislauf
- Unterstützung der Wiederaufnahme des Madrid-Prozesses und der Diskussionen um die Kontrolle von Massenvernichtungswaffen im Rahmen dieses Forums

- Unterstützung der Ratifikation der entsprechenden Verträge – Biowaffenkonvention, Chemiewaffenkonvention und Kernwaffenteststopp-Vertrag

Der Nahe Osten mag eine unberechenbare und von Gewalt heimgesuchte Region sein, aber er ist auch eine Region mit einer Tradition des friedlichen Nebeneinanders, des Miteinanders und der Kooperation zwischen unterschiedlichen Religionen und Zivilisationen. Wir können diese historischen Erfahrungen heranziehen, um Feindschaften und Meinungsverschiedenheiten zu überbrücken und das gemeinsame Ziel eines sichereren Nahen Ostens zu erreichen, eines Nahen Ostens ohne Massenvernichtungswaffen.

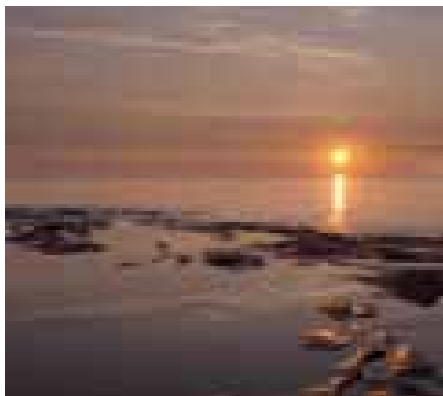


Das Greenpeace-Flaggschiff Rainbow Warrior wirbt in Ägypten für einen atomfreien Mittleren Osten.

Es ist Zeit für eine arktische nuklearwaffenfreie Zone!

Alexa McDonough, Mitglied des kanadischen Parlaments, PNND-Vorsitzende Kanada

Alyn Ware, PNND Global Coordinator



Sonnenuntergang in der Arktis. Foto: Ken Tape

Die Antarktis (Südpol) wurde 1959 durch den Antarktisvertrag zur nuklearwaffenfreien Zone (NWfZ). Seither haben sich NWfZ ausgedehnt und umspannen nun fast die gesamte Südhalbkugel. Der Trend setzt sich auch im Norden fort. In Zentralasien und der Mongolei wurden NWfZ geschaffen, außerdem gibt es Vorschläge für Zonen in Nordostasien, Mitteleuropa und dem Nahen Osten. Durch den Klimawandel werden die arktischen Regionen besser zugänglich. Es besteht die Möglichkeit, daß sich der Kampf um Rohstoffe verschärft und es dadurch zu Grenzstreitigkeiten und einer Militarisierung kommt. Vielleicht ist es jetzt an der Zeit, eine arktische NWfZ zu schaffen, ähnlich der in der Antarktis, um dadurch sowohl den Nord- als auch den Südpol von Atomwaffen freizuhalten und dazu beizutragen, ein stärker auf Kooperation beruhendes Sicherheitsumfeld im Norden zu schaffen.

DIE ARKTIS – EINE SICH ÄNDERNDE UMWELT

Das National Snow and Ice Data Center in den USA berichtete im Oktober 2007, daß das arktische Meereseis auf den niedrigsten Stand seit dem Beginn der Satellitenmessungen 1979 gefallen war. Dies könnte bald den kommerziellen Schiffsverkehr in arktischen Gewässern ermöglichen und den Zugang zu Ressourcen auf dem Meeresgrund erleichtern.

Der erleichterte Zugang führt zu einer Flut von Ansprüchen auf Transitrechte und auf Rechte an wertvollen Ressourcen am Meeresboden. Da diese Ansprüche häufig miteinander in Konflikt stehen, ist mit einer Zunahme von Streitigkeiten zu rechnen, die zu einer verstärkten Militarisierung und dadurch möglicherweise zu bewaffneten Konflikten führen kann.

So hisste zum Beispiel ein russisches U-Boot die Nationalflagge auf dem Meeresgrund am Nordpol und beanspruchte diesen dadurch als Teil der nordrussischen Kontinentalplatte. Dies provozierte eine ernste Reaktion des kanadischen

Außenministers, Peter MacKay: „Wir sind nicht im 15. Jahrhundert. Man kann nicht einfach um die Welt reisen, eine Flagge hissen und sagen: 'Wir beanspruchen das Gebiet'." Der kanadische Premierminister Harper folgte tags drauf mit der Bekanntgabe von Plänen zur Konstruktion zweier neuer Militäranlagen in arktischem Gebiet, das an die Nordwestpassage angrenzt.

Außerdem gibt es eine Reihe von Umweltthemen, die Spannungen und Konflikte in der Region hervorrufen könnten. Dazu gehört die Gefahr der Umweltverschmutzung durch ausgemusterte russische Atom-U-Boote, die in der Gegend versenkt wurden (mit den Atomreaktoren an Bord), die Bedrohung der Lebensgrundlage indigener Völker durch die globale Erwärmung sowie die Möglichkeit von Ölteppichen bei Schiffsunfällen, falls die Nordwestpassage befahrbar wird.



ATOMARE SPANNUNGEN UND STATIONIERUNGEN

Zurzeit haben sowohl die USA als auch Russland Atomwaffen auf U-Booten stationiert, die durch arktische Gewässer kreuzen. Russland unterhält außerdem strategische Marinebasen in der Region, die zwischen den beiden Atommächten für Spannungen sorgen. Seit dem Ende des Kalten Krieges haben sich derartige Spannungen im Allgemeinen abgebaut, vor allem durch die Beseitigung der taktischen Atomwaffen von den Oberflächenschiffen und Jagd-U-Booten beider Länder. Die Spannungen könnten sich jedoch wieder verschärfen, falls es durch die Eisabschmelzung zu einer verstärkten Stationierung von U-Booten kommt oder die USA mit der Entwicklung des Raketenschutzschildes fortfahren, dessen Pläne die mögliche Stationierung von Raketen oder militärischen Anlagen auf dem Gebiet arktischer Verbündeter wie Kanada oder Dänemark beinhalten.

VERHANDLUNGEN ÜBER EINE NWfZ ALS TEIL DES AUFBAUS VON KOOPERATIVER SICHERHEIT

Einige dieser aufkommenden Konflikte könnten in existierenden Foren behandelt werden wie zum Beispiel dem Internationalen Seegerichtshof, dem Internationalen Gerichtshof (IGH) oder dem Arctic Forum. Keines dieser Foren ist jedoch darauf ausgelegt, Sicherheitsthemen auf eine kooperative Weise anzugehen. Die Aufgabe des Internationalen Seegerichtshof und des IGH liegt in der Feststellung legaler Rechte und nicht im Führen von Verhandlungen zwischen Staaten. Das Arctic Forum wiederum beschäftigt sich vorrangig mit Fragen der Umwelt und des Lebensraumes. Wie mit dem Antarktisvertrag geschehen, könnte der Beginn von Verhandlungen über eine arktische NWfZ ein Forum schaffen, in dem auch weitergehende Sicherheitsfragen behandelt werden. Im schlechtesten Fall würde die Gründung einer arktischen NWfZ eine Maßnahme zur Vertrauensbildung darstellen und dazu beitragen, Frieden und Sicherheit in der Region voranzubringen.

EINE NWfZ WELCHEN TYPUS?

NWfZ existieren in mehreren Varianten, die auf die spezifischen geopolitischen Situationen der beteiligten Regionen zugeschnitten wurden. Die lateinamerikanische, südpazifische, südostasiatische, afrikanische und zentralasiatische NWfZ verbieten den Besitz von Atomwaffen durch die Vertragsparteien (die alle keine Atommächte sind) sowie deren Stationierung in der gesamten Zone. Sie enthalten außerdem Zusatzprotokolle zur Unterzeichnung durch die Atommächte, die sich dadurch dazu verpflichten, die Zonen zu respektieren und keine Atomwaffen auf dem Staatsgebiet eines Vertragsstaates zu stationieren. Außerdem verpflichten sich die Atommächte durch Unterzeichnung der Zusatzprotokolle dazu, die NWfZ nicht mit Atomwaffen zu bedrohen oder anzugreifen.

Der Antarktisvertrag verbietet den Besitz von Atomwaffen nicht, einige der Vertragsstaaten sind Atommächte. Er untersagt jedoch die Stationierung von Atomwaffen in der Antarktis. Der Vertrag verbietet außerdem generell jede militärische Maßnahme wie die Errichtung von Basen, das Ausführen von Manövern und auch das Testen jeglicher Art von Waffen in der Antarktis.

Eine arktische NWfZ könnte theoretisch dem antarktischen Vertragsmodell folgen. In diesem Fall wären alle Staaten der Region Vertragsstaaten – Russland, USA, Kanada, Norwegen, Dänemark, Island, Schweden und Finnland – und Atomwaffen wären innerhalb des Polarkreises verboten.

Es ist jedoch höchst unwahrscheinlich, dass die USA oder Russland einem solchen Vertrag zustimmen würden. Denn dies würde bedeuten, dass Russland seine atomaren Marinebasen in der Polarregion schließen, die USA die geplanten Anlagen für den Raketenschutzschild in Kanada für Inspektionen öffnen und beide Staaten auf die Möglichkeit verzichten müssten, Atomwaffen auf Teilen ihres eigenen Staatsgebietes zu stationieren. Auch wenn keiner der beiden Staaten die Absicht hat, landgestützte Atomwaffen innerhalb des Polarkreises zu stationieren, würden sie diesen Präzedenzfall eines Eingriffs in ihre Hoheitsrechte sicherlich nicht begrüßen.

Ein praktikablerer Vorschlag ist die Orientierung an den anderen fünf regionalen NWFZ. Dies würde zu einem Vertrag führen, der von den Nichtatomwaffenstaaten der Region – Kanada, Dänemark, Finnland, Norwegen und Island – verhandelt würde und der Atomwaffen auf deren Staatsgebiet verbieten würde. Im Vertrag enthalten wären Zusatzprotokolle, durch die die Atommächte sich dazu verpflichteten, keine Atomwaffen in diesen Gebieten zu stationieren – was diese ohnehin nicht beabsichtigen – und die Vertragsstaaten der Zone nicht mit Atomwaffen anzugreifen oder zu bedrohen.

Der Vorteil dieses Modells ist, dass es ohne die Zustimmung Russlands, der USA oder anderer Atommächte umgesetzt werden könnte. So geschah es im Fall vieler anderer regionaler NWFZ. Oft verging einige Zeit nach der Gründung der Zonen bis die Atommächte überzeugt werden konnten, die Zusatzprotokolle zu unterzeichnen.

Abgeordnete und eine nuklearwaffenfreie Zone in Mitteleuropa

(Autoren am Ende des Artikels)

Die Gründung einer nuklearwaffenfreien Zone ist eine bedeutende Maßnahme: um die Weitergabe von Atomwaffen zu verhindern, die Wahrscheinlichkeit ihres Einsatzes zu verringern und um die Zuversicht zu stärken, dass eine nuklearwaffenfreie Welt erreicht werden kann. Die Gründung einer nuklearwaffenfreien Zone (NWFZ) in Mitteleuropa würde nicht nur die Sicherheitslage in Europa verbessern, sondern überdies dem Kontinent eine solide Ausgangslage bieten, um die Entstehung einer NWFZ im Nahen Osten zu unterstützen, die gesellschaftliche Norm gegen Atomwaffen zu stärken und zudem deren Stationierungs- und Bewegungsfreiheit zu begrenzen.

Bereits während des Kalten Krieges gab es eine Reihe von Vorschlägen von Regierungen und Nichtregierungsorganisationen für die Errichtung einer NWFZ in Europa. Aufgrund des Ost-West-Konflikts konnten sie jedoch nicht umgesetzt werden.

Nun aber besteht die einzigartige Chance zur Verwirklichung einer NWFZ im Herzen Europas. Das politische Umfeld hat sich verändert, und inzwischen gibt es eine große



Der Vertrag könnte auch ein Zusatzprotokoll enthalten, das von den Atommächten verlangt, auf Stationierung, Drohung und Einsatz von bzw. mit Atomwaffen in der gesamten NWFZ zu verzichten. Zwar wäre die Wahrscheinlichkeit für die Unterzeichnung eines solchen Protokolls durch die Atommächte kurzfristig noch geringer, langfristig würde es jedoch politische und rechtliche Bestrebungen zur Errichtung einer arktischen NWFZ unterstützen und Druck in Richtung nukleare Abrüstung ausüben.

Ein drittes Modell wurde von Pugwash Kanada vorgeschlagen; eine eingeschränkte NWFZ, die die Durchfahrt von Atomwaffen durch die Nordwestpassage verbietet. Nach Angaben

von Pugwash werde die Navigation von strategischen Unterseebooten durch die Nordwestpassage auch bei weiterem Abschmelzen des arktischen Eises undurchführbar bleiben. Dies könnte den Atommächten die Zustimmung zu einem derartigen Verbot erleichtern. Auf der anderen Seite ist es unwahrscheinlich, dass die Atommächte sich in einem solchen Präzedenzfall Einschränkungen unterwerfen, da dies von anderen NWFZ genutzt werden könnte, die Passage von atomar bewaffneten Schiffen durch ihre Hoheitsgewässer bzw. 200-Meilen-Zone zu verbieten. So weigern sich zum Beispiel Frankreich, Großbritannien und die USA aus eben diesem Grund, die Zusatzprotokolle zur südostasiatischen NWFZ zu unterzeichnen.

PARLAMENTARISCHE INITIATIVEN

Im Gegensatz zu Vorschlägen für NWFZ im Nahen Osten, Nordasien und Mitteleuropa ist der Vorschlag für eine arktische NWFZ brandneu und wurde weder von Regierungen noch von der Wissenschaft oder NGOs eingehend untersucht. Daher wäre ein erster Schritt für Abgeordnete, Studien oder Recherchen über diesen Vorschlag zu initiieren oder zu ermutigen. Angesichts der sich ändernden und herausfordernden geopolitischen Bedingungen der Arktis wäre es sicherlich nützlich, in solchen Studien auf eine große Bandbreite an Sachverstand zurückzugreifen. Dies würde die Erfahrung mit einschließen, die bei der Gründung von anderen NWFZ gesammelt wurden, die alle politische Hürden überwinden mussten, bevor sie Wirklichkeit werden konnten.

Anzahl von de facto atomwaffenfreien Staaten: Finnland, Schweden, Norwegen und Dänemark; die baltischen Staaten, Weißrussland, Ukraine, Slowakei, Slowenien, Kroatien, Bosnien-Herzegowina, Montenegro, Albanien, Rumänien und Bulgarien sowie weitere Staaten Mittel- und Südeuropas wie die Schweiz, Österreich, Luxemburg, Liechtenstein, San Marino, Andorra, Portugal, Spanien und Griechenland.

Die Mehrheit der Bevölkerung dieser Nationen hat kein Interesse an der Ausbreitung von Atomwaffen in ihrer Heimat oder in angrenzenden Ländern. Vielmehr wünscht sie sich eine Stabilisierung und Festschreibung dieses atomwaffenfreien Zustands sowie eine Garantie der Atommächte, keine Atomwaffen gegen ihre Länder einzusetzen. Eine mitteleuropäische NWFZ würde, nimmt man die üblichen Bestimmungen von NWFZ zum Maßstab, diese Hoffnungen angemessen erfüllen.

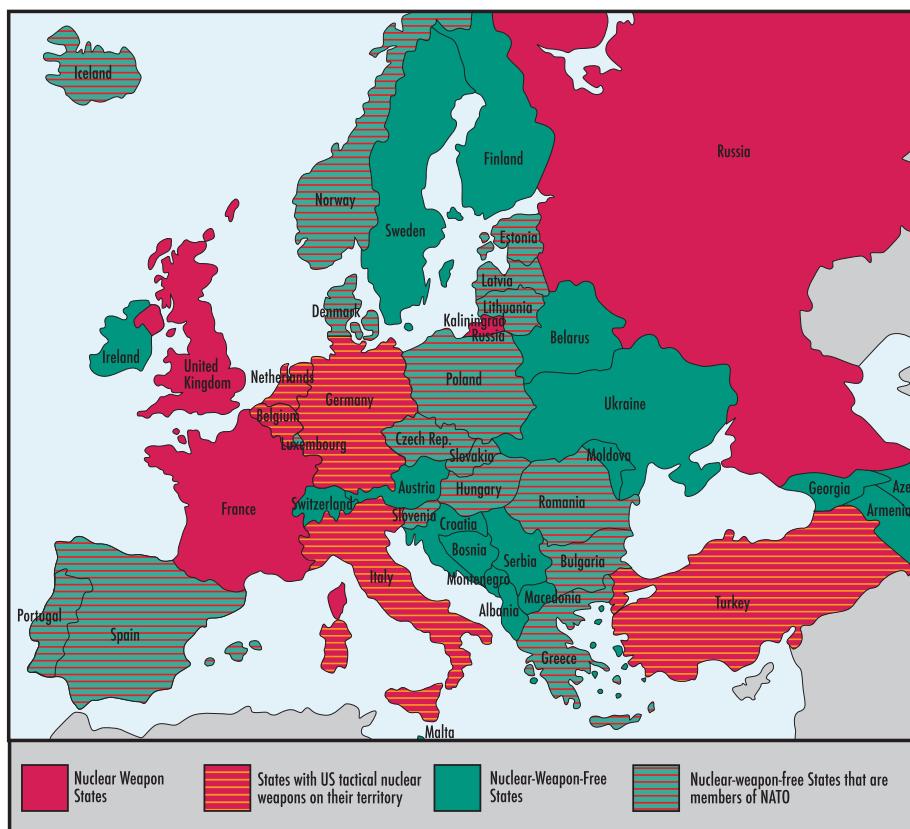
Darüber hinaus würden Bemühungen gegen die Weiterverbreitung von Atomwaffen und den nuklearen Terrorismus gestärkt, vor

allem im Zusammenhang mit Transportfragen sowie sensibler Bereiche des atomaren Brennstoffkreislaufs.

Die Tatsache, daß einige dieser Staaten Mitglieder der NATO sind, einer nuklearen Allianz, hat zu Zweifeln an der Realisierbarkeit einer solchen NWFZ geführt. Die Erfahrung mit anderen NWFZ zeigt jedoch, daß die Mitgliedschaft in militärischen Bündnissen kein Hindernis für die Gründung von NWFZ darstellen muß, solange die Staaten sich dazu verpflichten, keine Atomwaffen auf ihrem Staatsgebiet zu stationieren. So ist zum Beispiel Australien Mitglied der NWFZ Südpazifik und gleichzeitig ein enger Bündnispartner der USA; und zu den Mitgliedsstaaten der zentralasiatischen NWFZ gehören drei Länder, die eng mit Rußland verbündet sind (in der Organisation des Kollektiven Sicherheitsvertrages, OKSV).

Tatsächlich könnte eine NWFZ in Mitteleuropa die politische Dynamik erzeugen, die zum Abzug der verbliebenen US-Atomwaffen aus Europa führen und sicherstellen könnte, daß solche Waffen nicht in den neuen NATO-Mitgliedsstaaten stationiert werden.

Staaten, die einer europäischen NWFZ beitreten könnten



Europäische Atomfreie Staaten (grün) könnten sich zu einer NWFZ zusammenschließen, ohne ihre bestehende Politik zu ändern. Bedingt Atomwaffenfreie Staaten müssten entweder ihre aktuelle politische Linie ändern oder Vorbehaltsklauseln einführen um sich einer solchen Zone anschließen zu können. Staaten, in denen Kernwaffen stationiert sind, müssten diese Waffen von ihrem Territorium entfernen.

Karte: Sarah Schloeme

Die Vereinigten Staaten werden daher einer NWFZ in Mitteleuropa ablehnend gegenüber stehen. Doch je mehr Europa eine von den USA unabhängige Außenpolitik betreibt, desto wahrscheinlicher wird die Gründung einer solchen Zone. So haben zum Beispiel der belgische Senat und das belgische Repräsentantenhaus ihre Unterstützung für die Gründung einer NWFZ in Mitteleuropa bekundet, ebenso die Regierung von Weißrussland. Abgeordnete in der Schweiz, Schweden und Österreich werben zudem aktiv für das Vorhaben.

Die Gründung einer NWFZ würde außerdem zu einer Verbesserung der Beziehungen Europas zu anderen Regionen beitragen. Während die gegenwärtige Politik der Atomwaffen, insbesondere der USA, zu einem Verlust von Einfluß auf Länder geführt hat, die wie der Iran möglicherweise den Besitz von Atomwaffen anstreben, hat die ausgeglichene, multilaterale Herangehensweise der Europäer ihren Einfluß vergrößert. Eine mitteleuropäische NWFZ, die von einem selbstbewußten Europa propagiert wird, würde diesen Einfluß weiter vergrößern und dazu beitragen, weitere NWFZ zu gründen und die Weitergabe von Atomwaffen weltweit zu verhindern.

Das ultimative Ziel nuklearwaffenfreier Zonen ist es, den Weg zu ebnen für eine

Welt ohne Atomwaffen. Sie zeigen, daß Atomwaffen nicht notwendig sind, um Sicherheit herzustellen und können so die Atomwaffen dazu ermuntern, abzurüsten und das Prinzip der nuklearen Abschreckung aufzugeben. Das Wissen um NWFZ wird die Zweifel in der Bevölkerung von Atomwaffen an der Sinnhaftigkeit dieser Waffen verstärken. Die Mehrheit der Weltbevölkerung lehnt Atomwaffen ab; warum also halten die Atomwaffen trotz der hohen Kosten und Sicherheitsrisiken weiterhin an ihnen fest?

Europäische Abgeordnete, die das Konzept einer mitteleuropäischen NWFZ unterstützen, erhalten erhebliche Unterstützung in ihren Wahlkreisen sowie persönliche Erfüllung, indem sie an einer positiven Kampagne arbeiten, ein sicheres und friedvolleres Europa zu schaffen. Es muß jedoch noch mehr getan werden, um eine NWFZ in Europa Wirklichkeit werden zu lassen. Abgeordnete fällt dabei die Schlüsselrolle zu, die öffentliche Unterstützung in politische und diplomatische Fortschritte zu verwandeln.

Dazu sollte der Vorschlag einer mitteleuropäischen NWFZ fest auf der Agenda von Vereinten Nationen und OSZE platziert werden. Abgeordnete von kleinen und mittleren europäischen Staaten können durch ihre Zusammenarbeit zu

diesem Thema dem Konzept einer NWFZ in Mitteleuropa mehr Gewicht verleihen.

AUTOREN:

Dr. rer. Pol. Remo Gysin, Schweizer Nationalrat

Dr. med. Paul Günther, MD, Schweizer Nationalrat

Prof. Dr. med. Andreas Nidecker, Vorstand IPPNW Schweiz

Dr. Arthur Muhl, Vorstand IPPNW Schweiz

Dr. med. Claudio Knüsli, Präsident IPPNW Schweiz

Dr. med. Günter Baitsch, Vorstand IPPNW Schweiz

Dr. med. Klaus Renoldner, Vorstand IPPNW Österreich

Dr. Gunnar Westberg, IPPNW Schweden

Curt Riberdal, IALANA Schweden

Stig Gustafsson, IALANA Schweden

Die Koreanische Halbinsel im Übergang: Vom Atomstopp zu einer Nuklearwaffenfreien Zone und Frieden in Korea

Kwon Young-Ghil, Mitglied des Parlaments der Republik Korea, PNND-Ratsmitglied, Ko-Vorsitzender der PNND-Sektion der Republik Korea



Kwon Young-Ghil

Mit dem Beginn der Debatten über ein Friedensabkommen zwischen Süd- und Nordkorea – zwischen den beiden Staaten liegt die letzte verbliebene Landesgrenze des Kalten Krieges – scheint der „Große Frühling“ auf der koreanischen Halbinsel nun endlich tatsächlich Einzug zu halten. Die Streitfrage um Nordkoreas Atompolitik kann nicht ohne die Erarbeitung eines koreanischen Friedensabkommens gelöst werden. Die Sechs-Parteien-Gespräche tragen grundlegend dazu bei, in Korea eine Nuklearwaffenfreie Zone zu etablieren. Um aber anhaltenden Frieden zu garantieren und einem Friedensabkommen dauerhaft und sicher Geltung zu verschaffen, müssen die Sechs-Parteien-Gespräche an den gesamten Koreanischen Friedensprozess angepasst und die Beziehungen zwischen den USA und Nordkorea normalisiert werden.



Taepoong-Rakete. Foto: Spacedaily

Die koreanische Halbinsel macht im Moment beispiellose Veränderungen durch; so wird unter anderem auch das Waffenstillstandsabkommen von 1953 erneuert. Präsident Bush stellte eine formelle Beendigung des Koreakriegs noch in seiner Amtszeit in Aussicht. Ein Treffen zwischen Repräsentanten von Nordkorea und den USA in Berlin zum Thema der eingefrorenen Fonds in der Banco Delta Asia war das erste einer Reihe von direkten Gesprächen, die seit damals geführt wurden. Ein bevorstehendes Gipfeltreffen zwischen Nord- und Südkorea im Oktober kann auch zur Errichtung einer Nuklearwaffenfreien Zone auf der koreanischen Halbinsel beitragen und dabei helfen, das letztendlich

angestrebte Ziel zu erreichen: eine friedliche Wiedervereinigung.

Das nordkoreanische Atomprogramm wird von jedem Akteur in einem anderen Kontext gesehen. Für Nordkorea ist das Atomprogramm ein Mittel zur Selbstverteidigung gegen die Bedrohung, die von den seit dem Koreakrieg feindlichen USA-Nordkorea-Beziehungen ausgeht. Für die USA war die Krise Teil eines weltweiten Kampfes gegen Terrorismus. Südkorea liegt jedoch daran, die koreanische Halbinsel zu denuklearisieren und Korea in eine dauerhafte Friedenszone zu verwandeln, anstatt einen zwar permanenten aber feindlich gestimmten Waffenstillstand aufrechtzuerhalten.

Ziel eines Friedensabkommens auf der koreanischen Halbinsel ist es, durch die Beendigung der Teilung Koreas einen anhaltenden Friedenszustand zu schaffen, die feindlichen Militärbeziehungen zwischen den USA und China zu normalisieren und sich mit der Nuklearkrise zu befassen. Konkret würde der Friedensprozess eine Normalisierung der diplomatischen Beziehungen zwischen Nordkorea und den USA und eine offiziellen Erklärung der Beendigung des Krieges und den Abschluss einer koreanischen Friedensvereinbarung beinhalten. Obwohl die Entwicklung von Beziehungen zwischen Nord- und Südkorea für den Erfolg der Sechs-Parteien-Gespräche maßgeblich ist, können unabhängig in gewissen Bereichen Schritte gesetzt werden ohne diese auf Fortschritte in anderen Bereichen abstimmen zu müssen.

Für das Erreichen des Zieles eines koreanischen Friedensabkommens ist die Denuklearisierung der koreanischen Halbinsel durch Maßnahmen zur nuklearen Abrüstung in Nordkorea entscheidend. Süd- und Nordkorea haben bereits großen Einsatz gezeigt und hielten ihre Verpflichtungen im 'South – North Basic Agreement' von 1991 und der 'Joint Declaration of the Denuclearization of the Korean Peninsula' von 1992 fest. Eine Denuklearisierung der koreanischen Halbinsel würde ein Verbot des Besitzes und der Stationierung von Atomwaffen sowie ein Verbot von mit Kernwaffen im Zusammenhang stehenden Materialien innerhalb der Staatsgrenzen beinhalten. Sie



Satellitenaufnahme vom nordkoreanischen Atomreaktor Yongbyon

würde zu einer Stärkung der Voraussetzungen für multilaterale Zusammenarbeit in Sicherheitsfragen im nordostasiatischen Raum beitragen und Korea davor bewahren, weder zu einer regionalen Bedrohung zu werden, noch selbst bedroht zu werden.

PARLAMETARISCHE INITIATIVEN

ParlamentarierInnen in Südkorea spielen eine aktive Rolle in der friedlichen Beilegung der nordkoreanischen Nuklearkrise. Nachdem Nordkorea 2005 erklärt hatte, über Nuklearwaffen zu verfügen, habe ich gemeinsam mit den Mitgliedern aller politischen Parteien eine Resolution zur Verwirklichung von Frieden und Entwicklung auf der koreanischen Halbinsel im Anschluss an das Joint Statement vom 15. Juni beworben und ihre Annahme in der Nationalversammlung erwirkt. Wir stellten auch einen Antrag auf ein 'Gesetz für Austausch und



Juli 2007: Erste Eisenbahnverbindung zwischen Nord- und Südkorea

Kooperation zwischen Süd- und Nordkorea', das Handel zwischen Nord- und Südkorea als innerstaatlich klassifiziert und dadurch sein Wachstum begünstigt. Auch diese Resolution wurde vom Parlament angenommen.

Kurz nach Nordkoreas Atomtest organisierte ich eine Pressekonferenz während der Versammlung, in der ich einen konsequenten und umfassenden diplomatischen Ansatz im Umgang mit Nordkorea forderte. Mitglieder der Demokratischen Arbeiterpartei fuhren nach Nordkorea, um dort die Beunruhigung der koreanischen Bevölkerung bezüglich des Tests auszudrücken und das Ziel einer nuklearfreien koreanischen Halbinsel zu befürworten. Die Demokratische Arbeiterpartei war aktiv daran beteiligt, die angespannte Beziehung zwischen Süd und Nord durch einen Austausch mit der Nordkoreanischen Demokratischen Arbeiterpartei zu entschärfen.

Um Frieden und Wiedervereinigung in Korea weiterhin voranzutreiben, müssen die ParlamentarierInnen aller politischen Parteien der Region solche Anstrengungen unternehmen und bedürfen der Unterstützung der ParlamentarierInnen aus aller Welt.

Eine Nordostasiatische Atomwaffenfreie Zone als Beitrag zu weltweiter nuklearer Abrüstung

Hiromichi Umebayashi (Präsident, Peace Depot Japan); Enkhsaikhan Jargalsaikhan (Geschäftsführer von Blue Banner, Mongolei); Woosik Cheong (Repräsentant des Civil Network for Peaceful Korea)

Der vor kurzem erreichte Fortschritt in den Sechs-Parteien-Gesprächen bezüglich der Denuklearisierung der Koreanischen Halbinsel lässt nicht nur auf Frieden und Stabilität in der Region hoffen, sondern auch auf positive Auswirkungen in ganz Nordost-Asien.

Besonders ist hervorzuheben, dass die Gesprächsparteien nun „gemeinsam Anstrengungen unternehmen werden, um anhaltenden Frieden und Stabilität in Nordost-Asien zu garantieren“ (Joint Statement of the Fourth Round of the Six Party Talks, Beijing, 19. September 2005) und eine Arbeitsgruppe für „Nordost-Asiatische Friedens- und Sicherheitsmechanismen“ (Vereinbarung am 13. Februar 2007) einzurichten um das Joint Statement umzusetzen.

Wir sind der Meinung, dass der nächste zu erwartende Schritt in Richtung Frieden und Stabilität in dieser Region die Einrichtung einer Nordost-Asiatischen Atomwaffenfreien Zone ist (NEA-NWFZ). Eine solche Zone würde die Stationierung von Nuklearwaffen auf den Territorien Japans, Nord- und Südkoreas verbieten und den Atomwaffenstaaten gesetzlich untersagen, in dieser Region Atomwaffen einzusetzen.

Es liegt nicht nur im Interesse der Sicherheit von Japan, Nord- und Südkorea, eine solche Zone einzurichten; alle Mitglieder des Atomwaffensperrvertrags sind gemäß der Auflagen des NPT dazu verpflichtet, sich diesem Ziel anzunähern. Wie durch das Gutachten des Internationalen Gerichtshofes (IGH) 1996 bestimmt wurde, „betrifft die Verpflichtung, Verhandlungen [über nukleare Abrüstung] fortzuführen und abzuschließen, formell alle 182 staatlichen Parteien“ – also nicht nur die Atomwaffenstaaten, sondern auch alle anderen. Unter diesem Gesichtspunkt haben Staaten ohne Atomwaffen, deren Sicherheitspolitik erklärtermaßen auf Abschreckung beruht – wie Japan, Südkorea, Australien und die NATO-Staaten – spezielle Verpflichtungen, die denen der Atomwaffenstaaten ähneln.

Atomwaffenstaaten haben sich im Abschlussdokument der Überprüfungskonferenz des Atomwaffensperrvertrages (NPT) 2000 dazu verpflichtet, „eindeutige Maßnahmen zur vollständigen Beseitigung ihrer Atomwaffenarsenale“ zu setzen. Die nächsten logischen Schritte wurden von der Kommission zu Massenvernichtungswaffen (WMD) – mit dem Vorsitzenden Hans Blix – und Kofi Annan, dem ehemaligen UN-Generalsekretär, vorgeschlagen. Der Kommission nach



Im Gespräch als nächste nuklearwaffenfreie Zone: Nordost-Asien

sollten „alle Staaten, die im Besitz von Atomwaffen stehen, mit der Planung von Sicherheitsmaßnahmen beginnen, die ohne diese Waffen auskommen. Sie sollten damit beginnen, Kernwaffen mit Hilfe von schrittweise gesetzten, und gemeinsam vorgenommenen praktischen Maßnahmen ungesetzlich zu machen...“

Kofi Annan forderte alle Atomwaffenstaaten dazu auf, „konkrete Pläne mit Zeitlimits zur Umsetzung ihrer Abrüstungsverpflichtungen“ zu entwickeln und hielt sie dazu an, „unter strikter und effektiver internationaler Kontrolle eine gemeinsame Absichtserklärung zur schrittweisen Eliminierung aller Atomwaffen“ zu unterzeichnen. Durch ihr Vertrauen auf Atomwaffen gelten diese Empfehlungen auch für Staaten, die selbst zwar keine Atomwaffen, aber abhängig von solchen sind. Sie sollten damit beginnen, Sicherheitsmaßnahmen zu entwickeln, die sie nicht unter die Abhängigkeit von Nuklearwaffen stellen und konkrete Pläne – mit Zeitlimits – zur Umsetzung ihrer Abrüstungsverpflichtungen erstellen.

In Bezug auf Südkorea und Japan ist eine Nordostasiatische nuklearwaffenfreie Zone (NEA-NWFZ) ein praktischer Ansatz, auf diese Forderungen, Vorschläge und die Verpflichtungen gemäß des NPT zu reagieren.

Mit der Etablierung einer NEA-NWFZ würde zur Entwicklung von weiteren NWFZ in Asien beigetragen werden; sie würde zur bereits existierenden Central Asian NWFZ, South-East Asian NWFZ und der mongolischen einzelstaatlichen NWFZ hinzutreten.

Die Bestrebungen der Mongolei, ihren Status als einzelstaatliche NWFZ mittels internationaler Verträge mit den Nachbarstaaten China und Russland zu institutionalisieren, sind beispielhaft dafür, wie ein Staat, eingezwängt zwischen zwei konkurrierenden Atomwaffenmächten, dennoch eine Anti-Atom-Sicherheitsvereinbarung und Sicherheitsmaßnahmen entwickeln kann. Das Beispiel der Mongolei mahnt dazu an, dass kein Staat frei von solchen Bestimmungen zur Nuklearfreiheit bleiben sollte.

Das gegenwärtige Bestreben der Mongolei, den Status einer einzelstaatlichen NWFZ zu erlangen, sollte international unterstützt werden. So könnte nämlich auch für beinahe ein Dutzend anderer Staaten der Weg geebnet werden, sich in die Reihen der NWFZ-Staaten zu stellen, obwohl sie aus geographischen oder geopolitischen Gründen davon ausgeschlossen sind, sich an mehrere Staaten umfassende Zonen anzuschließen. Dies würde ihnen erlauben, alle notwendigen Verpflichtungen und Sicherheitsbestimmungen auch als einzelstaatliche Zonen zu erfüllen.

Regionale und einzelstaatliche NWFZs können gemeinsam einen Rahmen für regionale Sicherheitsmechanismen bilden, die sich nicht nur generell gegen Atomwaffen richten, sondern auch vertrauensbildend wirken können und die Fähigkeit im Umgang mit Konflikten und kooperativen Sicherheitsmaßnahmen verbessern können. All diese Anstrengungen werden praktisch dazu beitragen, die Bestimmungen des NPT zu stärken, das volle Potential von NWFZs auszuschöpfen und nukleare Abrüstung weltweit voranzubringen.

Ist es an der Zeit, taktische Atomwaffen aus Europa abziehen?

*Dr. Rolf Mützenich, MdB,
abrüstungspolitischer Sprecher
der SPD-Bundestagsfraktion*

*Patrik Vankrunklesven,
Abgeordneter des belgischen
Parlaments, Mitglied des PNND-
Beirates*

*Sergei Kolesnikov, Abgeordneter
der russischen Duma, Mitglied
des PNND-Beirates*

Die Massenvernichtungswaffen-Kommission (Blix-Kommission) stellt fest, daß mehr als 400 taktische US-Atomwaffen in Europa stationiert sind, und vermutet eine noch größere Zahl russischer taktischer Waffen in Westrußland. Die Kommission schreibt, daß diese Waffen leichter von Unbefugten, beispielsweise terroristischen Gruppen, entwendet werden könnten. Sie spricht von der Gefahr, daß diese Waffen während des Transports oder der Stationierung gestohlen werden.

Die Kommission empfiehlt daher, daß sich Rußland und die USA darauf verständigen sollten, „alle nichtstrategischen Waffen in zentrale Lager auf einheimischem Territorium zurückzuziehen, um sie dort bis zu ihrer Vernichtung zu lagern“.

Die amerikanischen Atomwaffen wurden in der Vergangenheit im Rahmen der nuklearen Abschreckung zum Schutz von NATO-Staaten als notwendig erachtet und auch als wichtiges Bindemittel im transatlantischen Verhältnis angesehen. Die russischen taktischen Atomwaffen wiederum gewannen in der russischen Nukleardoktrin zunehmend an Bedeutung als Gegengewicht zur konventionellen Überlegenheit der NATO.

Allerdings geben die jüngsten Entwicklungen in Europa Anlaß zur Hoffnung, daß die Stationierung von taktischen Atomwaffen in Europa und Westrußland bald beendet werden könnte.

2001 beschloß Griechenland, die Fähigkeit seiner Luftwaffe zum atomaren Angriff nicht zu erhalten und verminderte dadurch die Voraussetzungen seiner Streitkräfte, am US-Atomwaffenstationierungsprogramm in Griechenland teilzunehmen. Angeblich haben die USA daraufhin ihre taktischen Atomwaffen aus Griechenland abgezogen. Dadurch verringert sich die Anzahl der Staaten, die US-Atomwaffen beherbergen von sieben auf sechs.



Eine Atombombe Typ B61, wie sie in NATO-Staaten stationiert sind, wird auf ein C-17-Frachtflugzeug verladen. Foto mit freundlicher Genehmigung der Federation of American Scientists

Zwischen 2005 und 2007 hat eine Reihe parlamentarischer Initiativen die wachsende öffentliche Ablehnung von Atomwaffenstationierungen in Europa bekräftigt. Dazu gehören:

- Resolutionen des belgischen Parlaments und des Bundestages, die die Regierungen der NATO-Staaten dazu aufrufen, auf den Abzug der US-Atomwaffen aus Europa hinzuwirken.
- Eine gemeinsame Erklärung von Abgeordneten aus Belgien, Deutschland, Italien, den Niederlanden und Großbritannien, die das Ende der nuklearen Teilhabe fordert.
- Eine Erklärung von Mitgliedern des Europaparlaments, die den Abzug der US-Atomwaffen aus Europa fordert.
- Außerdem übergaben Abgeordnete Kommandeuren von Militärstützpunkten, auf denen Atomwaffen lagern, Schreiben, die geltend machen, daß diese Waffen gegen den Atomwaffensperrvertrag sowie gegen internationales Recht verstoßen.

Diese Initiativen wurden im Dezember 2007 in einer gemeinsamen Erklärung der Bürgermeister aller Städte und Gemeinden, auf deren Gebiet US-Atomwaffen im Rahmen der nuklearen Teilhabe lagern, unterstützt. Die Bürgermeister von Peer (Kleine Brogel - Belgien), Aviano und Ghedi (Italien), Uden (Volkel - Niederlande), Incirlik (Türkei), und Büchel (Deutschland) schrieben, daß nach dem Ende des Kalten Krieges „die Sowjetunion ihre Atomwaffen aus der Ukraine und Weißrußland abzog (...), leider folgte die NATO dem russischen

Beispiel nicht und taktische Atomwaffen blieben in Belgien, den Niederlanden, Deutschland, der Türkei, Italien, Griechenland und Großbritannien stationiert.“ Sie schreiben weiter, daß „die NATO-Mitgliedschaft keinen Staat zur Stationierung von Atomwaffen verpflichtet. So beendete Griechenland 2001 die Stationierung von US-Atomwaffen.“ Die Bürgermeister rufen dazu auf, die Stationierung von Atomwaffen auf fremdem Staatsgebiet grundsätzlich zu beenden, „dies wäre auch ein Schritt hin zu einer NATO-Strategie, die nicht auf Atomwaffen beruht.“

Nach Angaben des amerikanischen Natural Resources Defence Council beendete die US Air Force 2007 die Stationierung von Atomwaffen auf dem Luftwaffenstützpunkt Ramstein. Dokumenten zufolge werden auf dem Luftwaffenstützpunkt Ramstein keine regelmäßigen Atomwaffeninspektionen mehr durchgeführt, was den Schluß nahelegt, daß diese Waffen tatsächlich abgezogen wurden. Hoffnungen, daß dies der erste Schritt zum Abzug aller Atomwaffen aus Deutschland



Bürgermeister Stefano Del Cont (Aviano) und Bürgermeisterin Anna Giulia Guarneri (Ghedi) fordern ein nuklearfreies Italien



James K. Galbraith

sei, wurden im August 2007 durch eine Erklärung der Bundesregierung gedämpft, man beabsichtige, an der Stationierung von Atomwaffen am Standort Büchel festzuhalten.

Eine Gruppe pensionierter NATO-Militärs hat auf die wachsende Dynamik zum Abzug von taktischen Atomwaffen aus Europa reagiert und am 23. Januar 2008 einen Bericht veröffentlicht, in dem sie argumentieren, die NATO müsse ihre atomare Kapazität erhalten, um in der Lage zu sein, Präventivschläge zur Verhinderung der Ausbreitung von Atomwaffen und anderen Massenvernichtungswaffen auszuführen.

Der Bericht *Towards a Grand Strategy for an Uncertain World* wurde von General John Shalikashvili (ehemals Vorsitzender des US-Generalstabs und Oberkommandierender der NATO in Europa), General Klaus Naumann (ehemals Generalinspekteur der Bundeswehr und Vorsitzender des NATO Militärausschusses); General Henk van den Breemen, (ehemals niederländischer Stabschef); Admiral Jacques Lanxade, (ehemals französischer Stabschef); and Lord Inge, (Feldmarschall und ehemals Vorsitzender des Generalstabs sowie des Verteidigungsstabs Großbritanniens) vorgelegt. Sie schreiben, daß eine nukleare Erstschlagskapazität ein „unverzichtbares Instrument“ bleibe, da es „schlicht keine realistische Aussicht auf eine atomwaffenfreie Welt gibt (...). Das Risiko weiterer [nuklearer] Proliferation steht unmittelbar bevor, daher kann die Gefahr eines atomaren Krieges, wenn auch in begrenztem Ausmaß, möglich werden(...). Der Ersteinsatz von Atomwaffen muß im militärischen Arsenal bleiben, als letztes Mittel, um den Einsatz von Massenvernichtungswaffen zu verhindern.“

James K. Galbraith trat diesem Bericht mit dem Artikel *A Criminal Idea* entgegen, der am 25. Januar 2008 im *Guardian* veröffentlicht wurde. Galbraith argumentiert, der Einsatz von Atomwaffen in einem Präventivschlag

gegen einen Staat, der verdächtigt wird, Massenvernichtungswaffen herzustellen - wie von der Grand Strategy vorgeschlagen - wäre ein verbrecherischer Angriff und durch die Auswirkungen, die der Einsatz von Atomwaffen habe, zudem eine Verletzung des humanitären Völkerrechts. Er fügt hinzu: „Die Planung und Vorbereitung eines solchen Krieges ist nicht weniger ein Verbrechen als der Krieg selbst.“

Galbraith schreibt auch, dass die Doktrin keine Wirkung zur Abschreckung eines Atomkriegs habe sondern vielmehr das Rezept für einen solchen Krieg darstelle: „Angenommen, wir erklären die Doktrin der Generäle zum Prinzip: Jeder Atomstaat, der einen anderen Staat verdächtigt, dabei zu sein, sich Atomwaffen zu beschaffen, hat das Recht, diesen anzugreifen - auch mit Atomwaffen. Angenommen, Nordkorea verdächtigt Südkorea, genau dies zu wollen. Hat Nordkorea nun das Recht, Südkorea anzugreifen? Gemäß jeden Rechtsgrundsatzes muß die Antwort der Generäle ein Ja sein. Ihre Doktrin schützt also nicht vor einem Atomkrieg, es führt in herbei.“

Die pensionierten NATO-Generäle werden wohl kaum die wachsende öffentliche Unterstützung für einen Abzug der US-Atomwaffen dämpfen können. Aus einer im Mai 2005 im *Spiegel* veröffentlichten Meinungsumfrage geht hervor, dass drei Viertel der deutschen Bevölkerung den Abzug der amerikanischen Atomwaffen wünschen, nur 18% sprechen sich dagegen aus. Ähnliche Zahlen liefert eine Greenpeace-Umfrage, nach der 69% der Bewohner von Staaten, in denen Atomwaffen stationiert sind, sich für ein atomwaffenfreies Europa aussprechen. Im einzelnen äußerten in der Türkei 88%, in Deutschland und Italien je 71%, in Belgien 63% und in Großbritannien 56% ihre Unterstützung für dieses Ziel.

Es dürfte jedoch schwierig sein, einen Abzug aller US-Atomwaffen in Europa zu erreichen, ohne daß es entsprechende Fortschritte bei Transparenz und Kontrolle

der russischen taktischen Waffen in Westrußland gibt. Es wird angenommen, daß Rußland über 2330 nichtstrategische Atomwaffen in Raketenabwehrsystemen, Luftabwehraketen, taktischen Bombern und seegestützten Cruise Missiles und Torpedos verfügt - halb so viele wie in den frühe 90er Jahren stationiert waren. Genaue Zahlen oder Informationen über Standorte sind jedoch aufgrund der mangelnden Transparenz auf russischer Seite nur schwer zu ermitteln.

Rußland hat eine gewisse Bereitschaft erkennen lassen, seine taktischen Waffenarsenale weiter zu reduzieren; zum Beispiel durch Enthaltung zu einer Resolution zum Thema in der UN-Vollversammlung (Frankreich, Großbritannien und die USA stimmten dagegen). Die russische Position hat sich seit 2003 jedoch verhärtet. Das russische Verteidigungsweißbuch von 2006 erwähnt die russischen taktischen Atomwaffen nicht, kritisiert jedoch die Stationierung von taktischen US-Waffen auf fremdem Boden (in NATO-Staaten). Wahrscheinlich haben auch die Pläne der US-Regierung, Stützpunkte der geplanten Raketenabwehr in ehemaligen Ostblockstaaten - Tschechien und Polen - zu errichten, zur Verhärtung der russischen Position beigetragen.

Ein Fortschritt im Hinblick auf russische taktische Waffen wird daher leichter zu erzielen sein, wenn es weitere Reduzierungen von taktischen US-Atomwaffen in NATO-Ländern, eine Änderung der Nukleardoktrin der NATO oder eine Änderung bei den Plänen zur Raketenabwehr in Polen und der tschechischen Republik gibt.

Abgeordnete in Rußland, den USA, NATO-Mitgliedsstaaten und anderen europäischen Ländern können Einfluß nehmen, indem sie zum Fortschritt an all diesen Fronten ermutigen. Dies kann durch parlamentarische Resolutionen geschehen, durch Parlamentsanfragen, gemeinsame parlamentarische Appelle oder durch den Kontakt zu Kollegen in anderen Ländern.



Eine russische taktische Atomrakete vom Typ SS-26 (Iskander). Foto mit freundlicher Genehmigung der Federation of American Scientists.

Mitglieder des Europäischen Parlaments fordern mehr Initiative für nukleare Abrüstung

Pol D'Huyvetter, Mayors for Peace, Europe

Am 19. April 2007 nahmen der ehemalige australische Außenminister Gareth Evans, die ehemalige schwedische Außenministerin Lena Hjelm-Wallén sowie der kanadische Senator Douglas Roche an einer Konferenz des Europäischen Parlaments teil, welche Vertreter der gesamten politischen Bandbreite versammelte. Die Konferenz rief zu einer umfassenden Herangehensweise gegenüber atomaren Bedrohungen auf, sowohl im Hinblick auf Nichtverbreitung als auch auf atomare Abrüstung.



Gareth Evans, ehem. australischer Außenminister bei einer Podiumsdiskussion mit Pol D'Huyvetter, Ana Gomes MEP und Gunnar Lassinanti

Organisiert wurde diese auf hoher politischer Ebene gehaltene Konferenz von Abolition 2000, ISIS Europe, Mayors for Peace, dem Olof Palme International Center und dem Parlamentarischen Netzwerk für Nukleare Abrüstung und Nichtverbreitung (PNND) in Kooperation mit einer parteiübergreifenden Gruppe von Mitgliedern des Europaparlaments (MEP).

Senator Roche berief sich auf die erfolgreiche Kampagne gegen den Sklavenhandel vor rund zweihundert Jahren. Er wies darauf hin, dass Gegner der Sklaverei sich nicht mit halben Maßnahmen – wie etwa verbesserte Sklavenhaltung - zufriedengegeben hätten, sondern die vollständige Abschaffung der unmenschlichen Praxis einforderten. Roche argumentierte analog dazu, dass dementsprechend auch „wir nicht halbe Maßnahmen akzeptieren dürfen, die Atomwaffen etwas ‚schmackhafter‘ erscheinen lassen. Diese unmoralischen, unmenschlichen, illegalen und todbringenden Massenvernichtungswaffen müssen vollständig abgeschafft werden.“

Roche führte weiter aus: „Wie im historischen Falle der Gegner der Sklaverei ist die Geschichte auch jetzt auf Seiten der Atomwaffengegner. Trotz der scheinbar unbezwingbaren Position der Mächtigen sind neue Gegenkräfte am Entstehen, die nur des gemeinsamen Vorgehens einsichtiger Parlamentarier, unterstützt von einer

„Trotz der scheinbar unbezwingbaren Position der Mächtigen sind neue Gegenkräfte am Entstehen, die nur des gemeinsamen Vorgehens einsichtiger Parlamentarier, unterstützt von einer energischen Zivilgesellschaft, bedürfen, um sich durchzusetzen.“

Senator Emeritus Douglas Roche, O.C.

energischen Zivilgesellschaft, bedürfen, um sich durchzusetzen.“

Die Konferenz untersuchte Potentiale und Spielräume der Europäischen Union (EU), sich verstärkt für die Nichtverbreitung und die Abrüstung von Nuklearwaffen einzusetzen.

Die Konferenz fiel gerade noch in den Vorbereitungszeitraum für die Konferenz zum Atomwaffensperrvertrag (NPT-Prepcom), die vom 30. April bis 11. Mai 2007 in Wien stattfand. Jahrelang wurde die Streitfrage der nuklearen Abrüstung im Europäischen Parlament nicht thematisiert. Die Mitwirkung von MEPs in der Organisation der Konferenz, ihre Teilnahme daran und der erfolgreiche Abschluss derselben bezeugen ein wieder erwachendes Interesse an dem Thema.

Es wurde eine Anzahl von zu ergreifenden Maßnahmen für Parlamentarier vorgeschlagen, beispielsweise Beschlüsse, Erklärungen, Zeitungskolumnen und andere Initiativen, die die Abschaffung nuklearer Waffen unterstützen: durch ein internationales Abkommen bezüglich der Atomwaffen und durch entsprechende Schritte in diese Richtung, so den Abzug taktischer Nuklearwaffen aus Europa und die Errichtung einer Europäischen und/oder Nordisch/Arktischen atomwaffenfreien Zone.

Aus den verstörenden Neuigkeiten über die Trident-Modernisierung (brit. Atomwaffen) Großbritanniens und den Testläufen französischer M-51-Raketen wurde der Schluss gezogen, dass die EU eine Aufforderung an Großbritannien und Frankreich ergehen lassen muss, den Abrüstungsbedingungen in Art VI des Atomwaffensperrvertrages zu entsprechen. Außerdem solle die EU auf den Rückzug der in Belgien, Großbritannien, Deutschland, Italien, den Niederlanden und der Türkei stationierten Atomwaffen hinwirken.

Darüber hinaus sollte das Europäische Parlament verstärkt Hand in Hand mit europäischen Regierungen den Abbau von Nuklearwaffen vorantreiben und die Errichtung einer Nuklearwaffenfreien Zone (NFWZ) auf europäischem Gebiet - als wegweisenden Schritt zu einer globalen nuklearen Abrüstung - unterstützen. Dies

könnte eine mitteleuropäische NFWZ und eine nordeuropäische/arktische NFWZ beinhalten.

NGOs und Parlamentarier bekundeten ihre Unterstützung für das Erreichen eines Nuklearwaffenabkommens (bzw. eines globalen Abkommens zur vollständigen Abschaffung atomarer Waffen) und für entsprechende Initiativen, namentlich der „2020 Vision Campaign“ der Mayors for Peace, welche bis zum Jahr 2020 das Ziel einer atomwaffenfreien Welt erreicht haben will. Besondere Aufmerksamkeit erfuhr außerdem das Bestreben der Mayors for Peace, anlässlich ihres 25jährigen Bestehens die Zahl von exakt 2020 Mitgliedern zu erreichen.

Um dem mangelnden Wissen der Öffentlichkeit über Nichtverbreitung und Abbau von Nuklearwaffen zu begegnen, kam man zusätzlich überein, dass die EU Fördergelder für Friedenserziehung bereitstellen solle, da das Bewusstsein für die Gefahren nuklearer Waffen und ihrer weiteren Verbreitung sehr gering ist.

Fernerhin stimmten alle zu, dass Parlamentarier eine führende Rolle einnehmen sollten, um das Schweigen zu brechen und die Nachfolge von Henry Kissinger, George Shultz, William Perry und Sam Nunn anzutreten, welche im Wall Street Journal am 4. Januar 2007 den Aufruf zu einer nuklearwaffenfreien Welt lanciert hatten.

Die Konferenz gipfelte in der Neugründung einer parteiübergreifenden Fraktion von PNND im Europäischen Parlament. Den Vorsitz führt Angelika Beer (Die Grünen, Deutschland), Stellvertretende Vorsitzende sind Ana Gomes (SPE, Portugal), Annemie Neyts (VLD/ALDE, Belgien), André Brie (PDS, Deutschland) und Girts Kristovskis (UFF, Lettland).



Senator Patrick Vankrunkelsven, Senator Emeritus Douglas Roche und Xanthe Hall

ParlamentarierInnen und die Politik der NATO

Senator Francesco Martone PNND-Ratsmitglied - Italien



Senator Francesco Martone

In diesem Jahr bietet sich eine noch nie dagewesene Anzahl an Gelegenheiten, die politischen Debatten um nukleare Abrüstung neu zu gestalten.

Und das ist der Fall, obwohl die politische Situation nichts Gutes ahnen lässt: Die Bewegung zur Nichtverbreitung von Atomwaffen scheint ernsthaft angeschlagen; die Abrüstungsinitiativen sind durch einseitige Handlungen der USA beeinträchtigt; nukleare Abschreckung und Nukleardoktrinen haben in vielen aktuellen sowie zukünftigen Atom-Hochburgen an Boden gewonnen. Außerdem lenkt die aufgeheizte Debatte um den Raketenabwehrschild von einer eigentlichen US-amerikanischen Strategie ab, deren militärpolitischer Grundpfeiler noch immer die Erstschlag-Kapazität ist.

Weiterhin besteht das Risiko, spaltbares Material könnte in die Hände von Terroristen geraten.

Und trotzdem wurden die Impulse in Richtung Abkehr von einem möglichen Einsatz von Atomwaffen weltweit stärker; zudem wurden neue Sicherheitsparadigmen aufgestellt.

Das laufende Jahr eröffnet uns zwei wichtige Gelegenheiten: Zum einen steht die Überprüfung des Strategischen Konzeptes der NATO an, mit der bald begonnen wird, zum anderen wird die NPT (Atomwaffensperrvertrag) Vorbereitungskonferenz 2009 statt. In beiden Fällen geht die Rolle von ParlamentarierInnen weit über die bloßer Zuschauer hinaus. ParlamentarierInnen können einen wichtigen Part in der politischen Führung übernehmen und die Kooperation mit Friedensbewegungen sowohl auf nationaler wie internationaler Ebene verbessern. Das steht in der DNA von PNND festgeschrieben und stellt auch ein Schlüsselkriterium für die Arbeit in Italien dar.

Der Schwerpunkt dieser Arbeit liegt im Bereich der nuklearen Teilhabe und soll auf die Widersprüchlichkeit hinweisen, dass in Italien 90 US-amerikanische Bomben stationiert sind, sich die italienische Regierung jedoch im NPT zur Unterstützung der nuklearen Abrüstung verpflichtet hat. Die PNND-Mitglieder waren sehr aktiv: So wurde sowohl dem Senat als auch der Abgeordnetenversammlung

eine Resolution zur nuklearen Teilhabe und dem NPT vorgelegt; Gespräche über die Rolle der italienischen Repräsentanten in der Nuklearen Planungsgruppe der NATO aufgenommen und Forderungen an die italienische Regierung nach der Freigabe von Dokumenten zur nuklearen Strategie gestellt. Weiterhin wurde eine Überprüfung der Militärdoktrin mit der Aussicht auf das Ausschließen eines tatsächlichen Einsatzes von Atomwaffen gefordert.

ParlamentarierInnen könnten in ihrer Arbeit daran anknüpfen und mehr Transparenz in der Weisungskette und der politischen Führung fordern. Außerdem können sie auf die Offenlegung von Details der nationalen Regierungsarbeit in der Nuklearen Planungsgruppe der NATO Anspruch erheben und den Weg für politische Handlungen zur Überprüfung und Ablehnung der NATO Nukleardoktrin ebnen. Das könnte schließlich zur Aufgabe der nuklearen Teilhabe führen und so die im NPT festgelegten Maßnahmen zur Abrüstung untermauern.

„Ihre Funktion als FürsprecherInnen und VerantwortungsträgerInnen einerseits, und ihre Fähigkeit zur positiven Wechselwirkung mit anderen politischen Akteuren andererseits, lassen ParlamentarierInnen zu wichtigen Instrumenten im politischen Wandel werden.“

Darum sollte die bevorstehende Überprüfung des Strategischen Konzeptes der NATO unbedingt genutzt werden; noch nie schien die Rolle der ParlamentarierInnen, vor allem in der Parlamentarischen Versammlung der NATO, so vielversprechend. Letzteres Organ sollte jedoch nicht die von nationalen Parlamenten gesetzten Maßnahmen ersetzen oder deren Zusammenarbeit mit Nichtregierungsorganisationen und Friedensbewegungen beeinflussen. In Italien wird gerade eine landesweite Kampagne mit dem Ziel des Atomausstiegs und eines Stationierungsverbotes von Kernwaffen

„Die Gegenwart von US-amerikanischen konventionellen Waffen und Atomwaffen in Europa bleibt entscheidend für die Sicherheit Europas. Die Atomwaffen tragen dazu bei, dass die Aggressionsrisiken gegen die Allianz unberechenbar und untragbar werden. Folglich sind sie für den Erhalt des Friedens essentiell.“

Strategisches Konzept der NATO, Paragraph 42 und 46.

im italienischen Staatsgebiet gestartet. Ein entsprechender Gesetzesentwurf soll im Parlament eingebracht werden und eine größere Kampagne im Bereich der Öffentlichkeitsarbeit gestartet werden, die die politischen Debatten begleiten soll.

Diese Strategie basiert auf dem Glauben, dass ParlamentarierInnen in ihrer Funktion als Fürsprecher und Verantwortungsträger einerseits, und mit ihrer Fähigkeit zur positiven Wechselwirkung mit anderen politischen Akteuren andererseits, zu wichtigen Instrumenten im politischen Wandel werden. Dies kann durch verstärktes Networking mit ParlamentarierInnen in anderen Staaten weiter begünstigt werden. PNND kann in der Erleichterung dieser Vernetzung und im Informationsaustausch eine wichtige Rolle spielen.

„Den Parlamenten und besonders der Parlamentarischen Versammlung der NATO könnte eine deutlich wichtigere Rolle zukommen.“

Note: Für Informationen über PNND-panel in der Parlamentarischen Versammlung der NATO in Berlin, den 25. Mai 2008, siehe www.pnnd.de <http://www.pnnd.de>



Eine NATO-Versammlung

Kleinwaffen – Alle sechs Monate ein Hiroshima

Jedes Jahr werden etwa 300 000 Menschen durch den Gebrauch von Kleinwaffen getötet; noch viele mehr werden verstümmelt. Ein Atombombenabwurf wie der in Hiroshima alle sechs Monate würde die gleiche Opferzahl fordern.

Geschätzte 639 Millionen Klein- und Leichtwaffen (small arms and light weapons – SALW) sind heute weltweit im Umlauf. Jedes Jahr werden mehr als acht Millionen dieser SALW produziert; dazu kommen mehr als 16 Milliarden Stück Munition. Neben einer erschütternden Anzahl von Toten und Verletzten, die der hohen Verfügbarkeit von Kleinwaffen zugeschrieben werden können, verursacht bewaffnete Gewalt auch hohe monetäre Kosten für alle Schichten der Gesellschaft. So sind die Sektoren Sicherheit, Justiz und Gesundheit besonders oft von Budgetdefiziten betroffen, und bewaffnete Gewalt wirkt sich negativ auf die wirtschaftliche Entwicklung und Leistung einer Gesellschaft aus.

Es gibt eine Reihe von nationalen und internationalen Initiativen zur Kontrolle von Klein- und Leichtwaffen; einschließlich Verbote bestimmter "inhumaner" Waffen (wie z.B. Streubomben), einen Vertrag über den Waffenhandel zur Regulierung des transnationalen Waffentransfers, der Waffenregistrierung und Lizenzbestimmungen für Waffenkäufer und -besitzer, und Mechanismen zur Munitionskontrolle.

Trotzdem muss eine einheitliche politische Vorgehensweise geschaffen werden, damit die Gesetzgeber den einflussreichen Lobbyisten der Waffenindustrie Kontra geben können und das Inkrafttreten dieser Initiativen tatsächlich gesichert ist.

Auf internationaler Ebene können Gesetzgeber mit ihren Kollegen der Parlamente in aller Welt und den UN zusammenarbeiten. Weiterhin können Gesetzgeber, die im Gebiet der Kontrolle von Klein- und Leichtwaffen arbeiten, von denen lernen, die mit nuklearer Nichtweitergabe und Abrüstung zu tun haben, und umgekehrt.

So brachten PNND, die Organisation Mayors for Peace (Bürgermeister für den Frieden) und das Parlamentarische Forum für Klein- und Leichtwaffen im Oktober 2007 Gesetzgeber, UN-Beamte und Repräsentanten von wichtigen Staaten zusammen, um die Frage zu diskutieren, wie und wodurch Gesetzgeber die UN-Agenda für Abrüstung, die besonders auf Klein- und Atomwaffen abzielt, unterstützen können. Die Beteiligung von Mayors for Peace trug bei zur Verbindung von Initiativen zur Kontrolle von Kleinwaffen auf städtischer sowie nationaler und internationaler Ebene.

Unter den Sprechern und Teilnehmern des Events waren die Abgeordnete Daisy Torné (Präsidentin des Forums für Klein- und Leichtwaffen), António E. Évora (UN-Büro für Abrüstung), Knut Langeland (norwegisches Außenministerium), Carlos Vargas Pizarro (Experte des internationalen Rechts aus Costa Rica), der Abgeordnete

„Die Parlamente der Welt schlagen eine Brücke zwischen Regierung und Zivilgesellschaft. Sie besitzen die finanziellen Mittel für politische Initiativen, tragen dazu bei, Politik zu gestalten, und sie stellen Verantwortlichkeit her. Sie geben der Abrüstung nicht nur Perspektive, sondern auch Rückgrat, Muskeln und Biss.“

Randy Rydell (UN-Sekretariat) zitiert UN-Untergeneralsekretär Jayantha Dhanapala auf der Veranstaltung

Bill Siksay (Kanada), der Abgeordnete Christer Winbäck (Schweden), Randy Rydell (UN-Büro für Abrüstung), Don Mackay (neuseeländischer Botschafter bei den UN), Jackie Cabasso (Mayors for Peace), der Abgeordnete Manuel de Araujo (Vorsitzender des parlamentarischen Komitees für äußere Angelegenheiten Mosambik) und der Bundestagsabgeordnete Hans Ridel (Deutschland).

Für weitere Informationen siehe www.parliamentaryforum.org



Randy Rydell (UN-Sekretär), Alyn Ware (PNND Global Coordinator) und Botschafter Don McKay (Neuseeland) bei der Podiumsdiskussion mit ParlamentarierInnen über die UN-Abrüstungsagenda.

Auf dem Weg zum Vertrag über ein Streubomben-Verbot



Israelische M85, gefunden im Libanon.
Foto: Simon Conway / Landmine Action

In den letzten 72 Stunden des Kriegs gegen die Hisbollah im Libanon im August 2006 warf Israel beispiellose Mengen an Streubomben über libanesischem Territorium ab, wobei mehr als eine Million Sprengkörper nicht sofort explodierten. Diese töteten und verstümmelten noch immer unzählige Zivilisten und stellen für Ackerbau und andere wirtschaftliche Tätigkeiten ein Hindernis dar.

Unter Streubomben versteht man Waffen, in denen sich Behälter befinden, die Bomblets oder Submunitionen beinhalten. Die Bomben werden von Flugzeugen abgeworfen oder in Form von Artilleriegeschossen eingesetzt und sind so konstruiert, dass sie sich noch in der Luft öffnen und tausende von Sprengkörpern über eine große Fläche verteilen. Es wird behauptet, sie werden dazu verwendet, auf feindliche Truppen zu zielen – in Wahrheit sind jedoch 98% der Opfer Zivilisten.

Vor 2006 gab es in der Genfer Konvention über das Verbot oder die Beschränkung des Einsatzes bestimmter konventioneller Waffen Bestrebungen, diese Waffen wegen ihres häufigen Einsatzes im Irak, Kosovo und in Afghanistan zu thematisieren. Streubombenhersteller waren bis jetzt jedoch noch immer sehr erfolgreich im Blockieren dieses konsensorientierten Prozesses.

Erst der israelische Einsatz im Libanon veranlasste Norwegen, Neuseeland und Irland dazu, eine unabhängige Initiative ähnlich des Ottawa-Prozesses, in dem die Landminen-Konvention beschlossen worden war, zu starten.

Im Februar 2007 veranstaltete Norwegen eine zwischenstaatliche Konferenz in Oslo, in der 46 Staaten vereinbarten, bis Ende 2008 ein rechtlich bindendes Instrument zu entwickeln, das folgenden Zielen dienen sollte:

1. Einsatz, Produktion, Transport und Lagerung von Streumunition, die eine unzumutbare Gefahr für die Zivilbevölkerung darstellen, müssen verboten werden;

2. ein kooperativer Rahmen für den Beistand von Streubombenopfern und deren Angehörigen muss geschaffen, sowie die Räumung kontaminierter Gebiete von Blindgängern durchgesetzt werden.

Im Januar 2008 legten die PNND-Mitglieder Margaret Wilson (Sprecherin des neuseeländischen Repräsentantheuses) und Keith Locke (PNND Neuseeland) eine Resolution zum vorgeschlagenen Vertrag zum Verbot von Streubomben vor, die auf der 16. Jahreshauptversammlung des Asiatisch-Pazifischen Parlamentarischen Forums (APPF) in Auckland angenommen wurde.

Im Februar 2008 veranstaltete Neuseeland eine internationale Konferenz, um den vorgeschlagenen Vertrag zu diskutieren. An der Konferenz nahmen sowohl Staaten teil, die Streumunition besitzen und produzieren als auch solche, die sich davon distanzieren. Einige der Staaten, die Streubomben besitzen und produzieren setzten sich für einen Vertrag ein, der den Staaten bis zur vollkommenen Durchsetzung des Vertrags eine Übergangszeit von zehn Jahren einräumt und außerdem Ausnahmen für gewisse Arten von Streumunition beinhaltet.

Am 20. Februar 2008 veranstaltete PNND einen Empfang im neuseeländischen Parlament, an dem Parlamentarier, Experten für Streubomben und Streubombenopfer eingeladen waren, um parlamentarische Unterstützung für eine starke Konvention zum Verbot von Streubomben zu gewinnen. Am Empfang nahmen verschiedene Gastredner teil, darunter Phil Goff



Phil Goff, neuseeländischer Minister für Verteidigung und Minister für Abrüstung bei einem Empfang im Parlament zum Thema Streubomben

(neuseeländischer Minister für Abrüstung), Jodi Williams (Nobelpreisträgerin für die Kampagne zur Landminenkonvention), der Abgeordnete Ibrahim Sorie (Friedens- und Demokratieprogramm von Parliamentarians for Global Action) und Bürgermeister John Flanagan (stellvertretender Chef des UN Mine Action Service). Streubombenopfer präsentierten Goff eine internationale Petition, in der ein umfassendes Verbot von Streumunition ohne Ausnahmen oder Übergangszeiten gefordert wird.

Bis zum 22. Februar 2008, dem letzten Tag der Wellingtoner Konferenz zu Streumunition, hatten sich 80 Staaten für die Wellingtoner Erklärung ausgesprochen und befürworteten eine starke Konvention zum Verbot von Streubomben. Die unterstützenden Staaten werden den Vertrag in einem Treffen im Mai in Dublin abschließen. Dieser wird in Kraft treten, sobald 30 Staaten ihn ratifiziert haben.

Für weitere Informationen siehe www.clusterbombs.org



Nick Smith (Vorsitzender von PNND Neuseeland), Ibrahim Sorie (Parliamentarians for Global Action), Ross Robertson (Parliamentarians for Global Action) und Streubombenüberlebende beim Empfang im Parlament.

US-Kongress Update

Etlche positive Schritte Richtung nuklearer Abrüstung und Nichtverbreitung sind vom US-Kongress 2007 und 2008 unternommen worden. Dazu nutzte der Kongress seine Verfügungsgewalt über den US-Haushalt, um im Haushaltsjahr 2008 bestimmte Projekte zur Entwicklung von Atomwaffen zu stoppen und andere Projekte zur Abrüstung und Nichtverbreitung zu unterstützen.

So weigerte sich der US-Kongress etwa, die Mittel für die von der US-Regierung geplante Herstellung von 150 bis 200 Plutoniumzündern pro Jahr bereitzustellen (Plutoniumzündern werden für den Bau von Wasserstoffbomben benötigt). Der Kongress weigerte sich ferner, Geldmittel für den geplanten Reliable Replacement Warhead (RRW) bereitzustellen.



Kernreaktor Hanford – Produktionsstätte für Plutonium.

Dieses umstrittene Waffenprogramm war von der US-Regierung vorgeschlagen worden, um die aktuellen Atomsprengköpfe zu ersetzen. Dadurch sollte gewährleistet werden, dass das nukleare Waffenarsenal der USA auf unbestimmte Zeit erhalten werden kann. Die Regierung konnte den von den Demokraten kontrollierten Kongress jedoch nicht von der Notwendigkeit neuer Atomwaffen überzeugen. Der Kongress hingegen forderte eine Untersuchung des Regierungsvorschlags, inklusive der Prüfung, ob Plutoniumzündern recycelt werden könnten sowie eine Einschätzung des laufenden Programms, die Lebensdauer der existierenden US-Atomwaffen zu verlängern (vgl. National Defense Authorization Act for Fiscal Year 2008 H.R. 1585, Abschnitte 3111 und 3121, <http://thomas.loc.gov>).

Weitere wichtige Bestimmungen des Defense Authorization Acts beinhalten:

- 623 Mio. US-Dollar sind für das Programm Cooperative Threat Reduction (CTR) vorgesehen, um die ehemaligen Sowjetrepubliken bei der Sicherung und Vernichtung von Massenvernichtungswaffen technisch, organisatorisch und finanziell zu unterstützen. Die US-Regierung wollte die Mittel für das Programm streichen.
- 24 Mio. US-Dollar gehen an die CTBTO, die Organisation, die das geplante

Teststoppabkommen überwachen soll. Das sind 33% mehr als von der US-Regierung vorgesehen.

- 48 Mio. US-Dollar werden für die sichere Lagerung von Atomwaffen bereitgestellt – doppelt so viel, wie von der Regierung geplant.
- Die Mittel für die Global Threat Reduction Initiative wurden um 75 Mio. auf 195 Mio. US-Dollar aufgestockt.
- Der Etat für Forschungsprojekte des Energieministeriums bezüglich Nichtverbreitung, Verifizierung und Entwicklung wurde um 125 Mio. auf insgesamt 390 Mio. US-Dollar erhöht.
- 53 Mio. US-Dollar gehen als Energielieferung an Nordkorea, um Verhandlungen für eine Denuklearisierung der koreanischen Halbinsel voranzutreiben.
- Die Mittel für das Biological Threat Reduction Program wurden von 148 Mio. auf 158 Mio. US-Dollar heraufgesetzt.

Außerdem lehnte der US-Kongress den Plan des Pentagons ab, konventionelle Sprengköpfe in den Trident-Atom-U-Booten der US-Flotte einzusetzen. Es wurden Bedenken geäußert, der Rest der Welt könnte nur schwerlich zwischen dem Start einer konventionellen und einer Atomrakete unterscheiden.

Der Kongress unternahm überdies einige Schritte, die geplante Raketenabwehr in Polen und Tschechien zu verzögern. Finanzielle Unterstützung für Bau und Inbetriebnahme der Installationen wurde gestrichen.

Im Hinblick auf Januar 2009, wo ein neuer Präsident und Oberbefehlshaber die Geschäfte übernimmt, verlangte der Kongress zwei von einander unabhängige Überprüfungen des US-Atomwaffenarsenals (Nuclear Posture Reviews).

Diese werden 2008 durchgeführt; die erste durch eine zwölfköpfige Kommission des Kongresses, die andere durch den US-Verteidigungsminister Robert Gates (vgl. National Defense Authorization Act for Fiscal Year 2008 H.R. 1585, Abschnitt 1070, <http://thomas.loc.gov>). Im Zuge dieser Überprüfungen soll unter anderem das Verhältnis zwischen der US-Nuklearstrategie und Rüstungskontrollzielen erörtert werden. Allerdings fehlt ein Verweis auf die Verpflichtung der USA zur atomaren Abrüstung, die sich aus Art. VI des Atomwaffensperrvertrages ergibt.

Ein ehrgeizigerer Vorstoß für konkrete Schritte zur nuklearen Abrüstung enthält der Nuclear Weapons Threat Reduction

Act von 2007 (S.1977), der am 2. August 2007 vom republikanischen Senator Chuck Hagel und seinem demokratischen Kollegen Barack Obama eingebracht worden war. Diese parteiübergreifende Initiative fordert einen weiteren Abbau des Atomwaffenarsenals, die bestehenden Atomwaffen aus der ständigen Alarmbereitschaft zu nehmen, schrittweise die zivile Nutzung von hochangereichertem Uran zu beenden, am Moratorium bezüglich Atomtests festzuhalten, ein verifizierbares Abkommen zu spaltbarem



Senator Barack Obama.

Material abzuschließen sowie die Gründung einer internationalen Bank für nukleare Brennstoffe (Nuclear Fuel Bank), um die weltweite Ausbreitung von sensibler Technologie zu verhindern.

Außerdem gab es einige noch weitergehende Initiativen einzelner Mitglieder des US-Kongresses zu nuklearer Abrüstung. So forderte etwa die demokratische Abgeordnete Lynn Woolsey in der von ihr eingebrachten Resolution H.RES. 68 IH die weltweite Abschaffung von Atomwaffen. Die kalifornische Senatorin Dianne Feinstein fordert zudem die Berücksichtigung der Abrüstungsverpflichtungen der USA aus Art. VI des Atomwaffensperrvertrages im Nuclear Posture Review (S.1914). Die Vorsitzende des Unterausschusses für Strategische Streitkräfte im US-Repräsentantenhaus, die demokratische Abgeordnete Ellen Tauscher, brachte die Resolution H.RES. 882 ein, die Senat und Kongress zur Ratifizierung des umfangreichen Teststoppabkommens (CTBT) auffordert.

Der amtierende Vorsitzende des Auswärtigen Ausschusses im US-Repräsentantenhaus, Howard Berman, knüpfte in der Resolution H.Res. 711 spezifische Bedingungen zur Nichtverbreitung an den US-Indien Deal und forderte von der Nuclear Suppliers Group, nicht von ihren Richtlinien für den Transfer von Atomtechnologie abzuweichen, bis diese Bedingungen erfüllt seien. Der demokratische Mehrheitsführer im Senat, Senator Harry Reid, forderte in S.650 die Aufstockung der Mittel für die medizinische Versorgung der Veteranen der Atomtests in Nevada. Der republikanische Senator Jeff Bingaman, langjähriges Mitglied des Finanzausschusses, forderte in S.1756 zusätzliche Reparationen an die Marschallinseln für die Folgen der amerikanischen Atomtests in den 50er und 60er Jahren. Die Abgeordnete Eleanor Holmes

Norton erhob in der Resolution H.Res. 1826 die Forderung nach nuklearer Abrüstung und der Umwandlung der Atomwaffenindustrie in eine Industrie, die friedlichen Zwecken dient.

Etliche Abgeordnete haben sich auch außerhalb des Kongresses aktiv für diese Streitfragen eingesetzt. Der Kongressabgeordnete Ed Markey, Vize-Vorsitzender der Bipartisan Task Force on Non-Proliferation, organisierte Veranstaltungen und veröffentlichte Untersuchungen, Stellungnahmen und Zuschriften bezüglich des USA-Indien-Technologie Deals, der Sicherheit der US-Atomwaffen, der Erneuerung des STAR-Abkommens, der Unterstützung des NPT, der Verhandlungen mit Nordkorea, der gewaltlosen Behandlung der



Ellen Tauscher, Vorsitzende des Unterausschusses für Strategische Streitkräfte im US-Repräsentantenhaus.

Fünf Frauen als Co-Präsidentinnen von PNND

Am 12. Oktober wurden fünf führende Parlamentarierinnen des globalen Nordens und Südens zu den neuen Co-Präsidentinnen des Parlamentarischen Netzwerkes für nukleare Abrüstung und Nichtverbreitung gewählt. Alexa McDonough (Kanada), Marian Hobbs (Neuseeland), Mikyung Lee (Südkorea), Uta Zapf (Deutschland) und Senatorin Abacca Anjain Madisson (Marshall-Inseln) werden von nun an die Spitze des aufstrebenden Netzwerkes von 500 ParlamentarierInnen aus über 70 Staaten bilden und globale parlamentarische Initiativen starten, die sich gegen nukleare Verbreitung richten und nukleare Abrüstung vorantreiben sollen.

Jede dieser Frauen hat sowohl in ihrem Herkunftsland als auch international bereits großes Führungsgeschick bewiesen.

Die Abgeordnete Marian Hobbs war bereits tätig als Ministerin für Abrüstung und Rüstungskontrolle, als Umweltministerin, Ministerin für Entwicklungshilfe im Ausland, Ministerin für Fernsehen und Rundfunk und war außerdem im Bildungsministerium beschäftigt. Sie war international tätig in der Kommission für nachhaltige Entwicklung, in der UN-Generalversammlung (Komitee für Abrüstung und internationale Sicherheit), in

Nichtverbreitung von Atomwaffen und der Einbeziehung der von Dr. Hans Blix geführten Massenvernichtungswaffenkommission.

US-Senator Barack Obama äußerte sich während der Präsidentschaftskampagne zu diesen Problemstellungen und gab an, dass er als US-Präsident eine ehrgeizige Initiative starten werde, um die Welt von Atomwaffen zu säubern: „Dies werde ich als Präsident sagen: Amerika strebt nach einer Welt, in der es keine nuklearen Waffen gibt.“ (Chicago am 2. Oktober 2007)

PNND ist in Washington maßgeblich durch seine Muttergesellschaft Global Security Institute (GSI) und die Partnerorganisation Bipartisan Security Group (BSG) aktiv, welche zu etlichen Kongressbüros enge beratende Beziehungen unterhalten.

Am dritten und vierten Mai 2007 hatte eine Delegation, bestehend aus Botschafter Thomas Graham Jr., Vorsitzender der Bipartisan Security Group, Jonathan Granoff, Präsident des Global Security Institute und Dr. Hans Blix, Vorsitzender der Weapons of Mass Destruction (WMD) Commissions, vor dem US-Kongress für eine zeitgemäße Politik plädiert. Im einzelnen sprach die Delegation folgende Themen an: die Überprüfungs-Konferenz des Atomwaffensperrvertrages (NPT Review Conference) 2010, Iran, Nordkorea und

Irak, die neue US-Weltraumpolitik und die Notwendigkeit, die militärische Aufrüstung des Weltraums zu verhindern sowie die Notwendigkeit einer US-Führungsrolle in einem globalen kooperativen Sicherheitsrahmen. Über die Veranstaltung wurde von Fox News berichtet.

Am 15. November organisierte die Bipartisan Security Group (BSG) eine Informationsveranstaltung auf dem Capitol Hill unter dem Titel „International Policies to Reduce Biothreats.“ Der ehemalige leitende US-Waffeninspektor im Irak, David Kay, moderierte ein Podium bestehend aus BSG-Experte Dr. Barry Kellman und Dr. Kenneth Luongo, Direktor von Partnership for Global Security. Diskutiert wurden eine Reihe von politischen Maßnahmen, Herausforderungen und Empfehlungen, um das internationale Verbot biologischer Waffen zu stärken.



Der Abgeordnete Ed Markey begrüßt Hans Blix.



Marian Hobbs, Alexa McDonough, Mikyung Lee, Uta Zapf und Abacca Anjain Madisson.

der Konferenz für Abrüstung und in weiteren Institutionen. Marian Hobbs war außerdem aktiv beteiligt an der Verabschiedung und Inkraftsetzung der bahnbrechenden neuseeländischen Anti-Atom-Gesetzgebung.

Senatorin Abacca Anjain Madisson stammt aus Rongelap, einem pazifischen Atoll, das aufgrund von radioaktiven Niederschlägen unbewohnbar wurde, zu denen es wegen der Atomtests kam. Sie leitete die Bemühungen der Marshall Inseln um Kompensationszahlungen seitens der USA für den Verlust von Land, die Umweltzerstörung und die verursachten Gesundheitsprobleme.

Alexa McDonough war die erste Frau an der Spitze der kanadischen New Democratic Party und beschäftigt sich derzeit kritisch mit internationaler Entwicklung, internationaler Kooperation und der Friedensbewegung. Sie war auch in unzähligen nationalen und internationalen Gruppierungen für soziales Handeln und in Menschenrechtsorganisationen leitend tätig.

Uta Zapf ist Abgeordnete des deutschen Bundestags, stellvertretende außenpolitische Sprecherin der SPD-Fraktion und Vorsitzende des Unterausschusses Abrüstung, Rüstungskontrolle und Nichtverbreitung. Sie spielt international eine führende Rolle

in Fragen der Nichtverbreitung; so auch in einer neuen parlamentarischen Initiative, deren Anliegen es ist, sicherzustellen, dass die Einbindung von Staaten in das bestehende Rüstungskontroll- und Nichtverbreitungsregime Bedingung ist für die Gewährung von nukleartechnischer Unterstützung. Diese Initiative ist wichtig im Hinblick auf das US-Indische Atomabkommen.

Mikyung Lee hat eine führende Stellung in der südkoreanischen Nationalversammlung inne und ist in Nordost-Asien eine treibende Kraft in den parteiübergreifenden und regionalen Initiativen in der Region, wie beispielsweise dem Prozess der Sechs-Parteien-Gespräche und der Nordost-Asiatischen Atomwaffenfreien Zone.

Die Co-Präsidentinnen lösten Senator Douglas Roche ab, der PNND gründete und bis jetzt den Vorsitz innehatte. PNND bedankt sich bei Senator Roche für seine Funktion als langjähriger Leiter des Netzwerkes. Es ist sein Verdienst, dass PNND sich zu seiner aktuellen Größe und Bedeutung entwickelt hat.

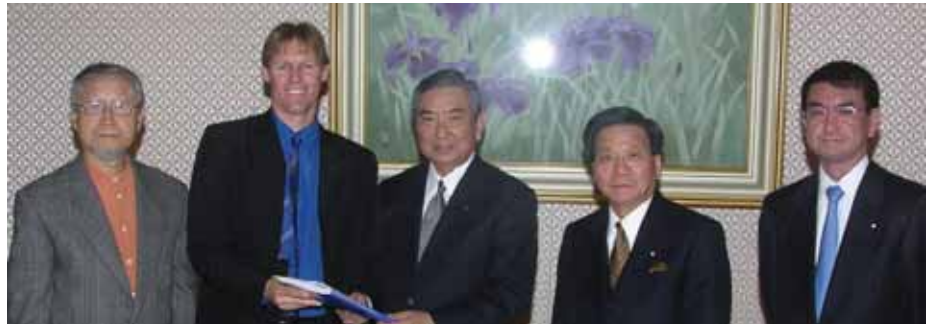
PNND Japan prüft den US-Indischen Atomdeal und eine Nordost-Asiatische Atomwaffenfreie Zone

Hiromichi Umebayashi, Koordinator von PNND Nordostasien

Am 20. November 2007 hielt die japanische PNND-Sektion ihre Generalversammlung ab; PNND-Global Coordinator Alyn Ware nahm als Gastredner an der Veranstaltung teil. Auf der Versammlung überprüfte PNND seine Satzung in Bezug auf die Namensänderung des globalen PNND-Netzwerks und wählte den Vorstand neu. ParlamentarierInnen brachten unter Anderem ihre Besorgnis bezüglich des US-Indischen Atomdeals zum Ausdruck und einigten sich auf die Durchführung eines Seminars zum Thema, um eine gemeinsame Stellungnahme auszuarbeiten.

Vor der Versammlung schickte PNND Japan ein Schreiben an alle Mitglieder des Parlaments, in dem die Parlamentarier über das Netzwerk informiert und zu einer Mitgliedschaft eingeladen wurden. Da erst im Juli 2007 Senatswahlen stattgefunden hatten, war eine Reihe von ParlamentarierInnen noch nicht mit dem Netzwerk vertraut. So konnte die Liste der japanischen PNND-Mitglieder um acht Namen verlängert werden und wuchs so auf insgesamt 52 Mitglieder an.

Das Peace Depot, eine in Japan anerkannte NGO für Friedensbelange, hat Ende Februar 2008 mit Unterstützung der Peace Studies Association of Japan ein parlamentarisches Forum zum Thema „Die Möglichkeit der Etablierung einer Nordost-Asiatischen Atomwaffenfreien Zone“ veranstaltet. Parlamentarier der fünf größeren Parteien sprachen auf dem Podium. Positiv zu bemerken ist auch, dass die Nuclear Disarmament Group of Democratic Party Japan (Gruppe für nukleare Abrüstung der Demokratischen Partei Japans), die im Oberhaus eine Mehrheit hat, bereits an einem Entwurf für ein solches Abkommen gearbeitet hat.



PNND Global Coordinator Alyn Ware überreicht Yohei Kono, dem Sprecher des japanischen Repräsentantenhauses ein Exemplar von 'Securing our Survival: The Case for a Nuclear Weapons Convention' ('Unser Überleben sichern: Ein Plädoyer für eine Nuklearwaffenkonvention'). Mit dabei waren Hiromichi Umebayashi, Tsuneo Suzuki (Präsident von PNND Japan) und Taro Kono (Generalsekretär von PNND Japan).

G8-GIPFEL FÜR FRIEDEN UND ABRÜSTUNG

Yohei Kono, Sprecher des japanischen Repräsentantenhauses, kündigte am 1. November 2007 die Veranstaltung eines G8 Speakers Summit für Frieden und Abrüstung an, bei dem die Vorsitzenden der Repräsentantenhäuser aus den G8-Staaten im September 2008 in Hiroshima zusammentreffen sollen. Der G8-Gipfel der Staats- und Regierungschefs wird im Juli in Japan stattfinden, und es ist der allgemeine Usus, dass das jeweilige Veranstaltungsland auch einen Gipfel dieser RepräsentantInnen der parlamentarischen Versammlungen abhält.

Yohei Kono stellte fest, dass Frieden und Umwelt die wichtigsten Themen für die internationale Gemeinschaft darstellen müssen. Da auf dem Gipfel der G8 Staats- und Regierungschefs Umweltangelegenheiten besonders thematisiert werden sollen, war es am Gipfel der ParlamentsvertreterInnen angebracht, Friedensthemen anzusprechen. „Hiroshima ist ein passender Ort, Signale zur

Befürwortung von Aktionen für den Frieden, einschließlich einer letztendlich vollständigen Abkehr von Atomwaffen, zu setzen“, so Kono.

Da die Vorsitzenden der Repräsentantenhäuser aus den G8-Staaten äußerst positiv auf Konos Beitrag reagierten, wie beispielsweise auch Nancy Pelosi, Sprecherin des US-Repräsentantenhauses, wird nun an Plänen gearbeitet, diese Veranstaltung als historisch in die Geschichte eingehen zu lassen, in der ersten Stadt, die von einer Atombombe getroffen worden war.

Am 20. November trafen Tsuneo Suzuki (Präsident von PNND Japan), Taro Kono (Generalsekretär von PNND Japan), Alyn Ware (PNND Global Coordinator) und Hiromichi Umebayashi (PNND Coordinator Nordostasien) mit Yohei Kono zusammen, um die möglichen Arten von parlamentarischer Unterstützung für diesen Gipfel zu besprechen. Bei dieser Gelegenheit wurde Kono auch der Entwurf einer Nuklearwaffenkonvention (Modell-Vertrag zum Atomausstieg) und ein Exemplar des Buches 'Securing our Survival: The Case for a Nuclear Weapons Convention' ('Unser Überleben sichern: Ein Plädoyer für eine Nuklearwaffenkonvention') überreicht.

Internationale PNND-Konferenz und Ratsversammlung 10-12 Juli 2008

*Pugwash, Parlamentarier und politischer Wille
Die Abrüstungs-Agenda vorantreiben*

Gesetzgeber und Abrüstungsexperten aus aller Welt treffen in der historischen Thinkers Lodge in Pugwash zusammen, dem Ort an dem die mit dem Friedensnobelpreis ausgezeichnete Pugwash-Bewegung 1957 gegründet wurde.

Die Führungswechsel in mehreren Atomwaffenstaaten eröffnen neue Möglichkeiten für nuklearen Abrüstung.

Gesetzgeber können wirksame Schritte ergreifen, die auf lange Sicht zur vollständigen Abkehr von Atomwaffen führen.



*Thinkers Lodge, Pugwash
Nova Scotia, Kanada*

A Leading Voice for Effective Arms Control and Nonproliferation

Sound policy depends on sound information and analysis. Ambassadors, policymakers, scholars, students, experts, and the press rely on *Arms Control Today* for its original news reporting, groundbreaking analyses, feature articles, and in-depth interviews.

"*Arms Control Today* is a vital analytical journal on nonproliferation and controlling weapons of mass destruction."

—Senator Richard Lugar (R-Ind.)

Don't miss an issue!

Be
Informed
Subscribe

Arms Control TODAY

To subscribe to *Arms Control Today* or become a member of the Arms Control Association please visit www.armscontrol.org



PNND Kontakte:

Global Coordinator

Alyn Ware
PO Box 24-429, Manners Street
Wellington, Aotearoa-Neuseeland
Tel: +64 4 496-9629
Fax: +64 4 4 496-9599
alyn@pnnd.org

Büro der Vereinten Nationen

866 UN Plaza
Suite 4050
New York, NY 10017, USA
Tel: +1-646-289-5170
Fax: +1-646-289-5171
pnnd@gsinstitute.org

Büro Washington DC

Bipartisan Security Group
110 Maryland Ave NE,
Suite 508
Washington, DC 20002, USA
Tel: +1-202-543-9017
Fax: +1-202-543-0799
bsg@gsinstitute.org

Geschäftsstelle

GSB Building, Suite 400
One Belmont Avenue
Bala Cynwyd,
PA 19004, USA
Tel: +1 610 668-5488
Fax: +1 610-668-5489
info@gsinstitute.org

Ostasiatischen Koordinator

Hiromichi Umebayashi
Peace Depot, 1-30-27-4-1F
Hiyoshi-honcho Kohoku-ku, Yokohama,
223-0062, Japan
Tel: +81 45-563-5101
Fax: +81 45-563-9907
cxj15621@nifty.ne.jp

Europäischer Koordinator

Xanthe Hall
IPPNW-Deutschland
Kortestrasse 10,
Berlin, Deutschland
Tel: +49 30 6980-7412
Fax: 30 693-8166
xanthe@ipnw.de

Outreach Koordinator für arabische Länder

Nermin Ali Abd El-Ghany El-Galy
Nefertiti Tower, 8th floor, apt.808
Ahmed Abd El-Latif St,
off Eskandar Ibrahim
Miami, Alexandria, Ägypten
Tel: +20 1011 96108
alias_hewett@hotmail.com

PNND dankt für die Unterstützung:

Peace and Disarmament Education Trust (Neuseeland)
Disarmament Education United Nations Implementation Fund (Neuseeland)
Pugwash Peace Exchange
Friedrich-Ebert-Stiftung
dem PNND-Beirat, seinen Mitgliedern, Mitarbeitern und Praktikanten sowie den Organisationen, die die Arbeit von PNND unterstützen